DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Karl Hilz: Abschied von einem Helden. Seite 7

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 71 ab Samstag, 4. Dezember 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 71. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Wir sind Deutschland!

Selbstständige, Arbeiter, Unternehmer, Ärzte, Juristen, Wissenschaftler, Demokraten

Die Demokratiebewegung auf der Straße. Foto: Christian Nau

»Nur 14 Tage, um die Kurve abzuflachen.« Sie erinnern sich? »Die Bundesregierung plant keine harten Maßnahmen, das ist eine Verschwörungstheorie!« Noch präsent? »Einen zweiten *Lockdown* wird es nicht geben.« Das ist nicht lange her. »Eine Impfpflicht wird es nicht geben, Ehrenwort«, Jens Spahn. Sie haben den Klang seiner Worte doch noch im Ohr, oder?

»Niemand wird gechipt!« Das ist Ihnen doch noch bekannt. »Einen dritten oder vierten Arrest kann es nicht geben.« So hieß es. »Nein, es ist kein Genozid, alle Nazivergleiche sind Nazikram.« Sie erinnern sich vielleicht an die Hetze gegen eine Dame mit weißer Rose, die abschätzig »Jana aus Kassel« genannt wurde. Erinnern Sie sich an die Bilder von Millionen von »Querdenkern« in Berlin bei den Demonstrationen für Grundgesetz, Menschenrecht und die medizinischen Mindeststandards des Nürnberger Kodexes? Die seien doch alle »rechts«.

Mittlerweile wissen wir, dass an der höllischen Gegenwart von Regierung und Konzernen unter der dunklen Sonne der »Corona« nun so gar nichts »links« ist. Wir, die wir seit 28. März 2020 gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße gehen und seit 17. April 2020 diese Wochenzeitung veröffentlichen, hatten auf ganzer Linie recht. Im Vorwinter 2021 entfaltet sich das Corona-Regime mit aller Gewalt als voraufgeklärte, strukturell antisemitische und genozidale Terrorherrschaft. Deren Ziel? Die völlige Zerstörung des zivilisierten Lebens auf der Erde im Namen eines *Great Resets*. Das »Große zurücksetzen« ist ein vom Oligarchentreff Weltwirtschaftsforum (WEF) um den Rädelsführer und Maschinenbauingenieur Klaus Schwab propagiertes neofaschistisches Umbauprogramm auf eine sterile Weltidee hin, eine Welt ohne uns Menschen. Einer der Frontmänner des »Staatsstreiches« (so DW-Co-Herausgeber Professor Giorgio Agamben) ist der Computermogul Bill Gates. Dieser hatte bei einer seiner Viruskampagnen im Jahr 2010 bereits angekündigt, bei seiner nächsten Täuschungsaktion im Stile der Massenimpfung nach der Schweinegrippe würden über 700 Millionen Menschen getötet werden (nämlich »zehn bis 15 Prozent« von damals rund sieben Milliarden Menschen auf der Erde). Im Dezember 2021 hat es den Anschein, dass die Aktion begonnen hat.

Ist diese Wirklichkeit einem James-Bond-Film aus den 1960er Jahren entsprungen? Einem Roman von H.G. Wells, Aldous Huxley oder George Orwell? Ist »Dr. Seltsam« von der Kinoleinwand gestiegen und ins Hauptquartier des zensierenden Google-Youtube-Konzerns eingezogen? Hat etwas Schlimmeres als »Scientology« das Robert Koch-Institut unterwandert und übernommen? Hat Hillary, genannt »Killary«, Clinton – Zitat: »we came, we saw, he died«, wir kamen, sahen und brachten ihn um – einfach nur einen richtig heftigen Wutanfall auf Donald Trump, den die ewige Politikergattin mit der berüchtigten Rachsucht global auslebt? – Ach, wäre es doch nur zum Lachen!

Fortsetzung auf Seite 12



Der rastlose Demonstrant

Der Preis der Republik geht an Martin Kugelmann.

LAUDATIO
Von Jill Sandjaja



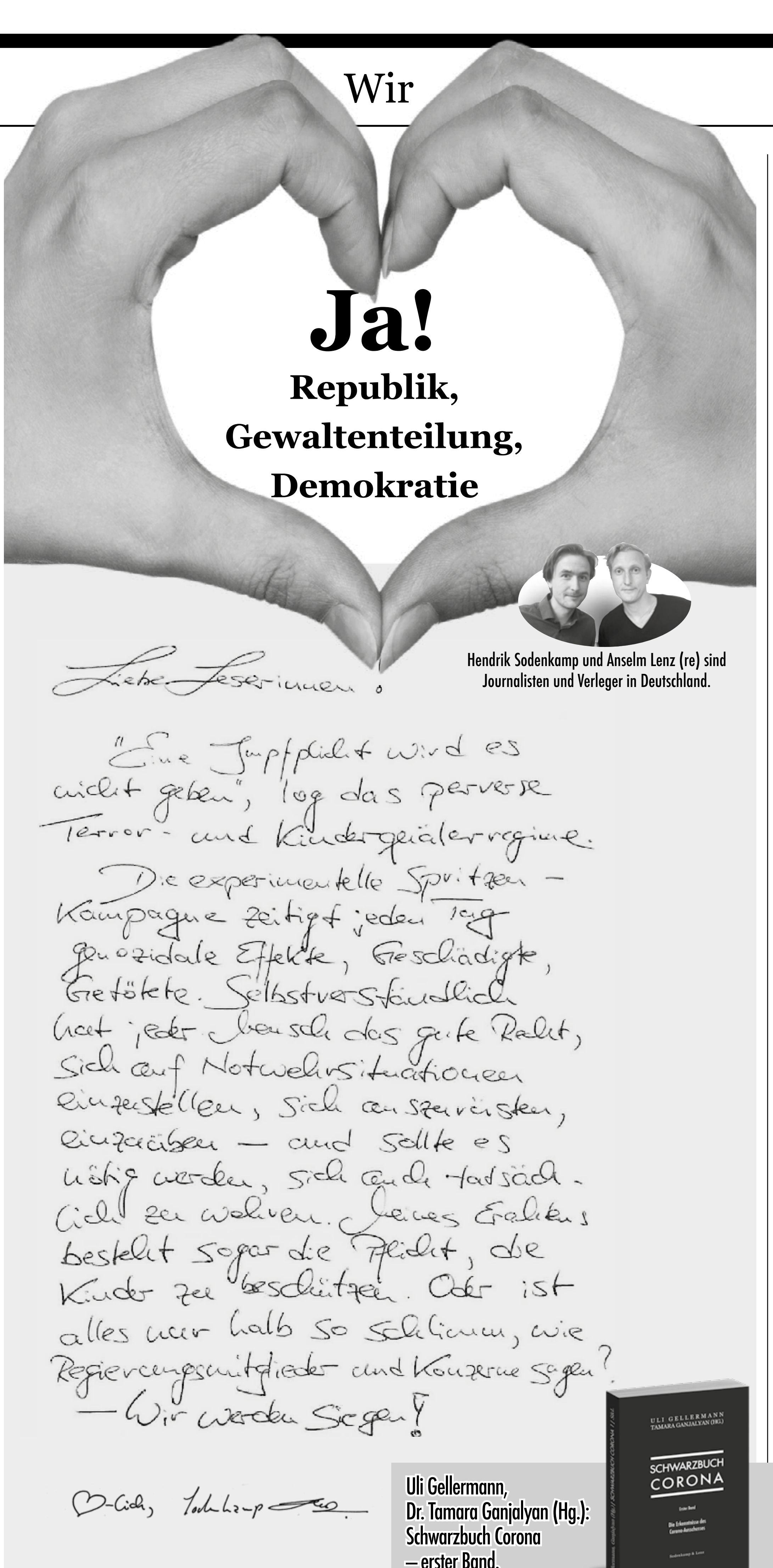
Wenn Martin Kugelmann am 4. Dezember 2021 wieder einmal mit einem Protest-Schild in Berlin unterwegs ist, wird es seine 100ste Demonstration in der Demokratiebewegung sein. Aus Sorge um die Zukunft seiner Enkelkinder treibt es den Rentner seit dem Frühsommer 2020 auf die Straße.

Er lebt in einem Dorf in Bayern und ihm ist kein Weg zu weit, um für Frieden, Freiheit und Demokratie Gesicht zu zeigen. Bei den Demo-Spaziergängen dürfen sein Rucksack – vollgepackt mit Zelt und Ersatzkleidung – für den Fall, dass die Beamten ihn wieder mit Wasserwerfern nass spritzen wollen, sowie sein Schild mit der Aufschrift »Freiheit, ich träum von Dir!« nicht fehlen. Als Polizeibeamte ihm am 30. August 2020 an der Siegessäule den Kopf brutal auf den Boden drückten, bewies Martin Kugelmann Leidensfähigkeit und Widerstand. Mit Würde ertrug er die Berliner Polizeigewalt. Dabei entstanden ikonische Bilder von Hannes Henkelmann. Wenn Martin Kugelmann es einmal nicht auf eine Demonstration schafft, verteilt er woanders fleißig den Demokratischen Widerstand oder Infomaterial, um seine Mitmenschen aufzuklären.

Für seinen pausenlosen Einsatz auf Demonstrationen und seinen unbeugsamen Idealismus erhält Martin Kugelmann den Preis der Republik. Wir verneigen uns vor seiner Tapferkeit und freuen uns darauf, ihn bald wieder auf der Straße zu sehen.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Martin Kugelmann. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye.



Liebe Leserinnen:

„Eine Impfpflicht wird es nicht geben", log das perverse Terror- und Kinderquälerregime.

Die experimentelle Spritzen-Kampagne zeitigt jeden Tag genozidale Effekte, Geschädigte, Getötete. Selbstverständlich hat jeder Mensch das gute Recht, sich auf Notwehrsituationen einzustellen, sich auszurüsten, einzuüben — und sollte es nötig werden, sich auch tatsächlich zu wehren. Meines Erachtens besteht sogar die Pflicht, die Kinder zu beschützen. Oder ist alles nur halb so schlimm, wie Regierungsmitglieder und Konzerne sagen?

— Wir werden siegen!

♡-lich, Sodenkamp, Lenz.

Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (re) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band.

Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Friede den Hütten?

EINWURF *von Werner Köhne*

Das Pamphlet »Friede den Hütten, Krieg den Palästen« von Georg Büchner war ein Begleiter meiner Jugend – und auch später noch konnte es sich behaupten gegen all die Wahrheitsverdreher, Krisenmanager, Yuppies und Bedenkenträger.

Heute aber geht mir das »Friede den Hütten« nur noch schwer von den Lippen. Denn in viele Hütten ist dumpfer Nihilismus und ein Starrsinn eingezogen, der die Herrschenden in ihrem Bestreben nach Machterhalt unterstützt. Das Corona-Szenario mit seinen Schock- und Gewohnheitsriten machte es möglich, dass das Lichtlein, das man früher noch »gesunden Menschenverstand« nannte, erloschen ist.

Die Hüttenbewohner dümpeln vor sich hin, befolgen die Anweisungen, sehen das »Quantum Trost« im Mitmachen mit den Vielen – wobei natürlich die Hütten keine mehr sind, sondern Schlafstätten für TV-Sesselhaftbewohner.

Diese atomisierten Einlinge fügen sich nicht mehr dem Bild von den unterdrückten »Massen«, die es aufzuklären und zu befreien gilt. Das Spiel kannst du vergessen. Die Welt reißt von der Leine. Da hat sich nicht erst mit Corona eine schleichende Deformation vollzogen, von der zu viele betroffen sind.

Nur mal so dahingerotzt: Die gewaltige Mutation der Leistungs- und Konsumgesellschaft hin zur Patientengesellschaft hat inzwischen auch den Grobbauern aus dem Sauerland durchgeschüttelt: Er nimmt die 15 Pillen täglich, trägt Maske und erwartet bald wortlos die nächste Booster-Impfung. In den Fünfziger Jahren noch hätte er aus erdverbundener Sturheit das heute verordnete Szenario nicht mitgemacht, nun aber ist der damals noch in faschistischer Gedankenwelt verankerte Landmann ein Follower des Drosten-Jüngelchen aus Lingen geworden.

Sagen wir es einfach: Was geschieht, ist Krieg auf eine noch nie so dagewesene Art, wobei die Fronten quer durch unsere Hirne und Herzen verlaufen. Hinter uns liegen drei Dekaden, die man nicht als erinnerbare Geschichte einfügen kann in unser Dasein.

Wir leben in einem Provisorium, in dem Zukunft auf ein permanentes Krisenmanagement schrumpft. Da fällt einem nur noch der unvergessliche Rio Reiser ein: »Macht kaputt was euch kaputtmacht.«

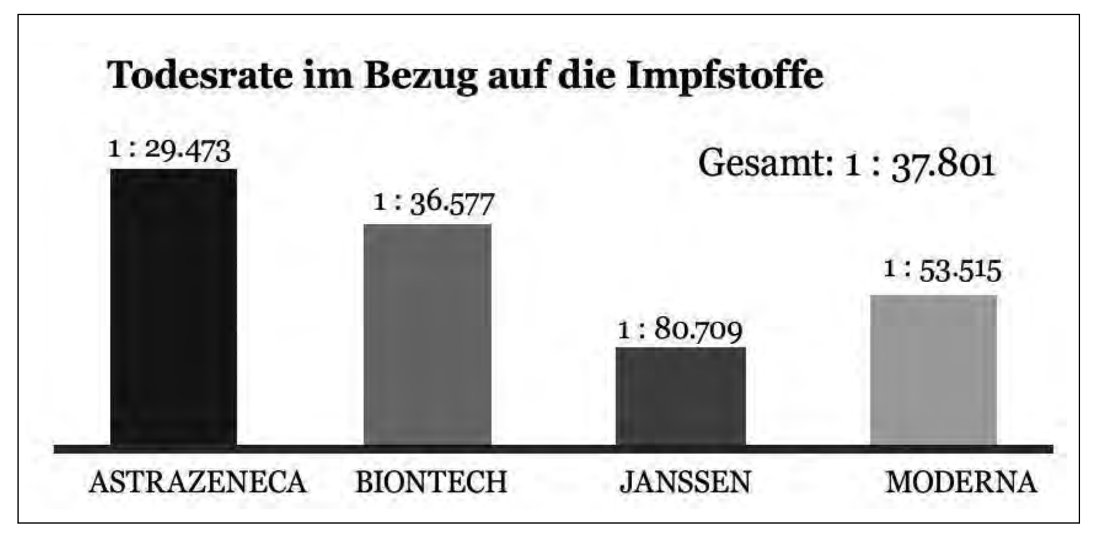
Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*



DIE PANDEMIE DER HYPNOTISIERTEN

Unzählige »Impfdurchbrüche« zeigen, dass die neuartigen mRNA-Injektionsstoffe nichts taugen. Der Großteil der Bevölkerung will die massiven Nebenwirkungen nicht wahrhaben. | Von Markus Fiedler

Eine sehr liebe Supermarkt-Kassiererin, die ich als Stammkunde häufig sehe, erzählte mir, sie wolle sich jetzt das dritte Mal mit Astrazeneca impfen lassen. Ich entgegnete, dass sie doch derzeit keine gesellschaftlichen Nachteile zu befürchten habe, wenn sie »nur« zweimal geimpft sei. Meinen Hinweis auf die schweren Nebenwirkungen und inzwischen 17.000 Impftoten in Europa ignorierte sie. Ich drang nicht zu ihr durch.



Die Daten werden von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) in der EudraVigilance-Datenbank veröffentlicht. (Datenstand: 12. November 2021)

Meine Worte wurden gar nicht zur Kenntnis genommen, obwohl wir auch in diesem Gespräch miteinander gescherzt und wertschätzenden Smalltalk gepflegt haben. Begegnungen dieser Art mit anderen Menschen verliefen ähnlich. Ein psychologisch sehr interessantes Phänomen. All jene Leute berufen sich auf das Fernsehen und denken nicht im Traum daran, dass es auch anders lautende Informationen zum Thema geben könnte. Bei der Erwähnung von 17.000 Toten aus der offiziellen Datenbank der europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) hätte ich wenigstens ein kurzes Innehalten oder Nachfragen erwartet. Nichts dergleichen. Es gab nur die standhafte Reaktion, dass sie sich impfen ließe. Ich hätte auch Unwichtiges zum Wetter referieren können. Ein geradezu hypnotisierter Zustand. Faszinierend! Ein Fall für psychologisch geschulte Beobachter.

Diesen Menschen fallen auch die offensichtlichen Fehler in der Corona-Matrix nicht auf und das, obwohl diese sogar breit in ihren geliebten Medien verbreitet werden. Eine massenhaft auftretende Störung der Wahrnehmung, eventuell durch andauernde Angstzustände hervorgerufen?

EINIGE BEISPIELE AUS DEN ALTMEDIEN

Die sächsische Polizei meldet, dass sich 400 von circa 14.000 Polizisten mit Covid-19 infiziert haben. 80 Prozent davon sind geimpft. Dass diese Quote an Impfversagen ziemlich genau der Impfquote entspricht, fällt anscheinend keinem auf. Das bedeutet nämlich, dass die Impfungen mindestens unwirksam sind, wenn nicht sogar negative Wirkungen haben.

Die *Westfalenpost* titelte am 4. November 2021: »Zwei Drittel der Corona-Patienten in den Kliniken geimpft«. In der *Berliner Zeitung* konnte man am 10. November 2021 lesen: »Studien: Hat die Stiko das Risiko nach einer Impfung bei Kindern unterschätzt? Das Risiko für Kinder, an einer Herzmuskelentzündung nach Verabreichung des mRNA-Impfstoffs zu erkranken, ist Forschern zufolge höher als bislang angenommen.« Das Problem deutete sich also schon im Sommer 2021 an.

In der *Welt* konnte man schon am 19. August 2021 lesen: »Intensivmediziner beobachten, dass auch bei bereits geimpften Menschen schwere Corona-Krankheitsverläufe auftreten können. Die meisten der Covid-Patienten in deutschen Kliniken seien ungeimpft, doch gebe es derzeit auch Fälle von geimpften Patienten in stationärer Behandlung, sagte der Kölner Intensivmediziner Christian Karagiannidis den Zeitungen der Funke Mediengruppe.« Immer wieder werden Tote auch in den *Mainstream*-Medien erwähnt, zum Beispiel vollständig Geimpfte, die im Flugzeug plötzlich versterben. *Die Hannoversche Allgemeine* titelte: »Todesfall im Ferienflieger: Corona-Infizierter zeigte Impfzertifikat vor.«

Wirklich heikle Daten werden selbstverständlich gar nicht erst im *Mainstream* publiziert. Die thüringische Landtagsabgeordnete Dr. Ute Bergner beispielsweise präsentierte im Landtag Daten von Statistikern, die eine mögliche Korrelation zwischen der Anzahl der Gen-Impfungen und der Übersterblichkeit in Deutschland untersucht hatten. Das Ergebnis: Es besteht eine positive Korrelation von 0,31. Das bedeutet, dass in den Regionen, in denen mehr Menschen mit den Genmanipulations-Impfstoffen behandelt worden waren, auch mehr Menschen verstarben. Hier steht der starke Verdacht im Raum, dass die Gen-Impfungen die Lage nicht verbessern, sondern verschlimmern. Womit auch ähnliche Beobachtungen in älteren Ausgaben des DW bestätigt wurden. Schöne neue Corona-Welt.

Diesen Artikel finden Sie mit allen Quellenangaben auf demokratischerwiderstand.de/artikel .



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

30 000, 25 000, 20 000, 15 000, 10 000, 5 000, 0
0, 10, 20, 30, 40, 50
Kalenderwoche

— 2017–2020 Median — 2017–2020 Durchschnitt ■ 2017–2020 (min./max.) — 2021 — 2021 (darunter COVID-19)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 29.11.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 25.11.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre lag. Es gab demnach eher eine Untersterblichkeit. Ende 2021 zieht die Sterblichkeit mutmaßlich wegen der Impftoten an.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

ERST BEKLATSCHT, DANN GEFEUERT!

Eine Münchner Pathologie-Mitarbeiterin veröffentlichte ein Video, in welchem sie fassungslos auf Ungereimtheiten und Missstände in ihrer Arbeit hinwies. Mitarbeiter in derlei Einrichtungen müssten zukünftig selber die PCR-Tests zahlen. Wie das mit dem Pflegekräftemangel vereinbar sei, frage sich die junge Frau entrüstet. Die Ludwig-Maximilians-Universität reagierte mit »größten Befremden« und »distanzierte sich aufs Schärfste« von den Aussagen der Mitarbeiterin. Eine fristlose Kündigung sei auf dem Weg. Im Netz solidarisierten sich Unterstützer unter dem *Hashtag* #SoliMitSamii mit der gekündigten *Whistleblowerin*. Zu Redaktionsschluss hat die mutige Demokratin bereits knapp 40.000 *Follower* auf dem »sozialen Netzwerk« Instagram. (nir)

WELCHES KIND MUSS STERBEN?

Deutsche Kinder- und Jugendpsychiatrien sind so überlastet, dass Kinder auf dem Boden schlafen müssen, um in die überlasteten Stationen überhaupt noch aufgenommen werden zu können. Gegenüber dem *Bayerischen Rundfunk* äußerte der ärztliche Direktor einer Münchner Klinik Joseph Freisleder, dass er eine solche Krisensituation, die sich über einen solchen langen Zeitraum erstreckt, in 35 Jahren Arbeitserfahrung noch nicht erlebt habe. Angststörungen seien die häufigsten Erkrankungen, so Gunter Moll, Leiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie gegenüber der Internetzeitung *nordbayern.de*.

Ebenso kämen Verstimmungen und Depressionen als Folge fehlender Aktivitäten und der Einsamkeit häufig vor. Ebenso mehren sich Meldungen von drastischen Steigerungen der Suizidgefahr von Kindern und Jugendlichen. Obwohl die Experten des Allgemeinen Krankenhauses Wien bereits im Januar 2021 auf die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen für Kinder und Jugendliche hinwiesen, hat sich die Lage der Kinder durch die Politik noch weiter verschlechtert. (hes)

NÄCHSTES ZWANGSABO

Der kommende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gab laut Bild-Blatt am 1. Dezember 2021 bekannt, dass auch bei einer Impfpflicht der Impfstatus als »vollständig geimpft« nach sechs Monaten verfällt. Um keine Strafe zu bekommen, müsse sich jeder alle sechs Monate spritzen lassen. »Dies würde auf ein Impfzwangs-Abo herauslaufen, ähnlich einer GEZ-Gebühr in der Blutbahn«, so die Niedersächsische Fachanwältin für Medizin- und Medienrecht Raphaela Müller auf Nachfrage des DW. (hes)

MELDUNG

VON DER LEYEN WILL IMPFPFLICHT FÜR EUROPA

Auch im »Krieg gegen den Virus« (Macron) fährt von der Leyen nun harte Geschütze auf. Sie stieß die Diskussion über eine EU-weite Impfpflicht an. Für kritische Beobachter des politischen Zeitgeschehens ist dies wenig überraschend. 2018 wurde in einer Empfehlung des Ministerrates der Gedanke aufgegriffen, die Einführung eines EU-Impfpasses auf ihre Durchführbarkeit hin zu überprüfen. Ein Jahr später, im Dezember 2019, veröffentlichte die EU-Kommission einen Report der informellen Beratungsstelle »Health Security Committee«. Dort wird abermals die Idee aufgegriffen, die Umsetzbarkeit einer Impfpass-Einführung zu evaluieren. Im selben Jahr noch wurde die Einführung eines Impfpasses bis 2022 im EU-Impf-Strategieplan festgeschrieben. (nir)

NUR NOCH DAUMEN HOCH!

Auf *YouTube* werden nur noch die *Likes*, also das Zuspruch ausdrückende Daumen-nach-oben, nummerisch angezeigt, die *Dislikes*, Daumen-nach-unten, bleiben im Verborgenen. Die prozentuale Relation von Daumen hoch und runter verschwindet damit. Hochpolitisch und kein Zufall! Die auffällig hohe *Dislike*-Quote unter den Corona betreffenden Eilmeldungen der Konzernmedien waren den Corona-Putschisten wohl etwas peinlich. Da reichte das bisherige Sperren der Kommentarfunktion anscheinend nicht aus, sodass den *YouTube*-Nutzern jetzt sogar das Dissens-Mittel des *Dislikens* genommen wurde. (nir)

PROPAGANDIST DER WOCHE

Frank-Ulrich Montgomery lieferte jüngst in einem Video-Interview einen mustergültigen Freud'schen Versprecher und verdient sich zum zweiten Mal den Titel »Propagandist der Woche«. So sprach er in die Kamera: »Es ist natürlich illusionär zu glauben, dass die Länder, die Impfstoffe entwi ckelt und produziert haben, ihre eigene Bevölkerung nicht opfern äh … nicht impfen, sondern aus reinem Altruismus andere Bevölkerungen opfern.« Das war wohl unfreiwillig ehrlich. Im Theaterbereich hätte man wohl gesagt, er sei aus der Rolle gefallen. (nir)

WER GEQUÄLT WURDE, KANN SELBER QUÄLEN

Die geschäftsführende Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hat den Befehl gegeben, die Corona-Genspritze für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ab Ende November 2021 »duldungspflichtig« zu machen. Auf Befehl müssen sich seitdem an die circa 180.000 Angehörigen der deutschen Streitkräfte impfen lassen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Impfoffensive, für die die Soldaten in der Zivilgesellschaft herangezogen werden. (hes)

DIE SCHWARZE AMPEL

Alles spielt perfekt zusammen: Mutanten, Verfassungsgericht, Impfpflicht und Sicherheitsorgane. | Von Hendrik Sodenkamp



Abendessen mit der Kanzlerin
Karikatur: pandemimimi.de

Die Weltgesundheitsbehörde verkündete am 26. November 2021, dass es in Südafrika eine neue »besorgniserregende« Virusvariante gebe. Sofort waren die deutschen Konzernmedien wieder auf der Jagd nach den ersten »Infizierten«. Auch die politische Kaste rief umgehend nach härteren Maßnahmen. Im vermeintlichen Ursprungsland Südafrika hatte man derweil von der schlimmen Mutante noch nichts gemerkt, wie der dortige Gesundheitsminister Joe Phaahla klarstellte.

Dennoch wurde damit die vermeintliche Notwendigkeit für einen weiteren Ausbau des Maßnahmenstaates gesetzt. Das Bundesverfassungsgericht begann dann am Dienstag, den 30. November 2021 einen Tag, der in die Geschichte eingehen wird. Das oberste Gericht der Bundesrepublik, dessen Funktion die Überwachung der Einhaltung des Grundgesetzes ist, äußerte sich endlich, nach Monaten der Stille, zu den Verfassungsklagen gegen die sogenannte Bundesnotbremse. Diese war am 21. April 2021 im Bundestag beschlossen worden, während einige Hundert Meter weiter, auf der Straße des 17. Juni 2021 mehr als 10.000 Demokratinnen und Demokraten protestierten und dafür von Polizeitruppen gejagt, geschlagen und getreten wurden.

Das Gesetz soll in allen Punkten verfassungskonform gewesen sein, so das Gericht, welches dem CDU-Funktionär Stephan Harbarth untersteht, der ebenfalls unter Protest der Fachwelt von der CDU in die Position des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gehoben worden war. Harbarth hat nach Meinung von Rechtsexperten weder eine besondere juristische Qualifikation für diesen Posten, noch die dafür notwendige Unabhängigkeit. Dies stellte er unter anderem damit unter Beweis, dass er sich am 30. Juni 2021, dem Tag des Auslaufens der sogenannten Notbremse, zu einem Abendessen mit der Kanzlerin einfand und sich einen langen Vortrag der Justizministerin anhörte.

DER JURISTISCHE WEG IST IM CORONA-REGIME AUSGESCHLOSSEN

Dass das Gericht nicht mehr unabhängig ist, zeigte sich gerade dadurch, wie der Tag weiter verlief. Wieder tagte eine sogenannte Ministerpräsidentenkonferenz. Ein Gremium, welches in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Hier gab der wohl kommende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bekannt, dass er für eine allgemeine Impfpflicht stimmen werde. Zu dieser Entscheidung riefen auch mehrere Ministerpräsidenten. Am Donnerstag, nach Redaktionsschluss, sollen dann konkrete weitere Maßnahmen bekannt gegeben werden. Olaf Scholz führte an diesem Tag auch seine neue Leitungsrunde ein: den Krisenstab, welcher direkt im Kanzleramt untergebracht werden soll. Geleitet werden soll dieser von dem Bundeswehrgeneral Carsten Breuer. Dieser hatte bereits zuvor die Einsatzleitung für Bundeswehreinsätze im Inneren, ein Posten der an sich verfassungswidrig ist. Im Grundgesetz wurde aus dem Preußenstaat und dem Nationalsozialismus die Lehre gezogen, dass die Armee innerhalb Deutschlands nicht agieren darf. Allerdings ist es im bereits bestehenden Verfassungsbruch nur konsequent, dass ein General die 20.000 Soldaten befehligt, die in Deutschland den Impfzwang durchdrücken sollen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts machte unmissverständlich klar: Gegen die Verfassungsbrüche der Regierung hilft kein Klagen vor Gericht. Der juristische Weg ist ausgeschlossen.

Dass es nun eine Regierung unter SPD, Grünen und FDP ist, die den Impfzwang entscheiden wird, ist auch nur konsequent. Waren es doch auch SPD und Grüne, die mit der Agenda 2010 einen massiven Sozialabbau betrieben und im Kosovo den ersten Angriffskrieg führten und nicht die CDU/CSU. Und auch die ehemalige Bürgerrechts-FDP unterliegt dieser Maxime, dass wer in Deutschland herrschen will, genau das Gegenteil davon zu machen hat, wofür man zuvor eingestanden war.

MIT HÄRTEREN BANDAGEN GEGEN DIE OPPOSITION

Der Koalitionsvertrag, den die sogenannte Ampel ausgearbeitet hat, macht auch klar, dass der Umgang mit Oppositionellen in Deutschland nicht demokratischer werden wird. So wird im Abschnitt der inneren Sicherheit gleich im zweiten Satz der neue Staatsfeind benannt: »Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundlagen für das friedliche Zusammenleben in Deutschland. Wir stellen uns allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen und Verschwörungsideologien entschieden entgegen.« Soso … Der Begriff der »Verschörungsideologie« w ird seit Jahren gegen alle angewandt, die Verlautbarungen der Regierung und ihrer Behörden in Frage stellen und oppositionelle Politik jenseits des bundesgrauen Farbenspiels der Parteien betreiben. Nun wird dieser Begriff auf eine Ebene mit den Worten verfassungsfeindlich und gewaltbereit gehoben.

Es werden auch gleich konkrete Maßnahmen angekündigt, nämlich die politische Säuberung des Staatsapparats: »Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können.« Jeder, der in einer Behörde arbeitet und sich öffentlich kritisch zur Regierungslinie äußert, soll von nun an nicht mehr versetzt werden, sondern gleich »aus dem Dienst entfernt« werden. Der Tag, an dem die WHO die Pandemie ausrief, der 11. März, soll nach Koalitionsvertrag »nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt« werden. Was erst einmal so klingt, als ob man dem zustimmen könne, da es sich unter Corona sehr wohl um orchestrierten Staatsterror gegen die Bevölkerung handelt, nämlich die Verbreitung von Angst und Schrecken, wird beim genauen Hinsehen ein weiterer Baustein der Repression.

STRUKTURELLER STAATSANTISEMITISMUS

Der Staatsapparat arbeitet seit über einem Jahr daran, die Demokratiebewegung als Terror darzustellen. Erst begannen sie mit dem Begriff »Gefährder«, der sich von seiner medizinischen Bedeutung immer mehr ins politische wandelte. Im Winter wollten sie Anschläge auf Impfzentren herbeischreiben und dann freuten sie sich inbrünstig, als ein Tankstellenmitarbeiter erschossen wurde. In Anbetracht der faschistoiden Übergriffe des Staates und seiner paramilitärischen Organisationen ist die Demokratiebewegung immer noch erstaunlich friedlich. Diesen Feiertag am 11. März können sie nutzen, um wahnwitzig den Bogen von den Terroranschlägen in Madrid, über die Morde von Hanau, hin zur Ausrufung der Pandemie und der angeblichen Bedrohung durch angeblich »querdenker-versiffte Netzwerke« in den Behörden zu spannen. Am Mittwoch forderte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) dann eine Impfpflicht für die gesamte Europäische Union – am deutschen Wesen soll mal wieder die gesamte Welt genesen. Währenddessen tagten die Innenminster der deutschen Bundesländer in Stuttgart. Zuvor instrumentalisierten sie einen Besuch in einer Synagoge, um ein noch härteres Vorgehen gegen die Kritiker der Corona-Maßnahmen abzusprechen. So plante der Vorsitzende der Konferenz, der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl, dass der Staat auch endlich Zugriff auf die privaten Mitteilungen in sogenannten Messenger-Diensten wie Telegram erhält.

Unterstützung erhielten sie dafür von den Gazetten *Welt*, *taz* und dem Helden der Staatsräson Olaf Sundermeyer, welche in den vergangenen Wochen unermüdlich einen Terror der Demokratiebewegung herbeiventilierten. Es ist der Verachtung würdig, dass sich dieses strukturell antisemitische Corona-Regime anmaßt, mit dem Begriff der »Antisemitismus-Bekämpfung« seinen Geheimdienstapparat aufzubauen und das gegen eine Opposition, die sich ganz klar zu den unveräußerlichen Menschenrechten bekennt. Die Instrumentalisierung des Holocaust für deutsche Herrschaft.



Es wird immer absurder: Drosten und Co verkünden den Erstkontakt mit der ominösen Omicron-Mutante. Collage: DW/Jill Sandjaja

Neues aus dem Mutantenstadl

Weekly Wahnsinn – der satirische Wochenrückblick.
Von Nadine Strotmann

Täglich grüßt das Murmeltier. Die mystisch klingenden Namen der Mutanten, die seit der ausgerufenen Corona-Pandemie immer wieder kursieren und beim erwachten Bürger wohl kaum noch einen Schauder des Schreckens auslösen, sorgen mit einem neuen Buchstaben aus dem griechischen Alphabet seit vergangener Woche wieder für zügellose Panik in den Systemmedien.

Der neueste Coup der Pandemie-Organisatoren, in diesem Fall die Weltgesundheitsorganisation (WHO), heißt: Omicron, wahlweise auch Omikron geschrieben. Ursprünglich handelt es sich dabei um die Bezeichnung des 15. Buchstabens aus dem griechischen Alphabet – und um die Verniedlichung des Buchstabens Omega (»großes O«). Die Übersetzung lautet demnach »kleines O«. Wie passt das »kleine O« mit der angekündigten – natürlich wie gewohnt konjunktivistisch formulierten – möglichen großen Gefährlichkeit dieser Corona-Mutante nun zusammen? Woher kommt das kleine Luder? Und warum erscheint es genau jetzt? Fragen über Fragen, denen wir hier amüsiert auf den Grund gehen. Dem geneigten Beobachter der Pandemie-Spiele dürfte es nicht entgangen sein, dass es sich wieder einmal um eine neue »Super-Mutante« handelt. Die Medien überschlagen sich vor Warnungen, Superlativen und zitieren die bekannten Pharma-Lobbyisten und Polit-Demagogen. Einer ist wie immer ganz vorne mit dabei – unser allseits beliebter Institutsdirektor der Berliner Charité Christian Drosten. »Ich bin schon ziemlich besorgt«, sagte der Wendehals der Virologie kürzlich im Interview des zwangsfinanzierten Propaganda-Fernsehens. Man reiche uns Taschentücher! Seine Glaskugel-Trefferquote bislang: Null.

BÖSE MUTANTE STAMMT AUS AFRIKA – MYTHOS DER WILDNIS

Die neue Mutante stammt aus Afrika. Laut WHO ist sie besonders besorgniserregend. So heißt es auf der Internetseite der WHO, dass vorläufige Erkenntnisse darauf hindeuteten, dass das Risiko einer »Reinfektion« mit dieser Variante im Vergleich zu anderen erhöht sei. Merken Sie was? Ab hier heißen wir Sie herzlich willkommen im neuen Narrativ für gentherapeutische Behandlungen, die nur der Pharma-Industrie helfen, nicht aber den Menschen. Die Booster-Impfung muss ab jetzt unter das gebeutelte, geknechtete und gespaltene Volk gebracht werden – und schwups taucht eine Variante auf, die genau das bedient, was zu erwarten war. Seltsam ist nur, dass der Gesundheitsminister von Südafrika Joe Phaahla in einem *Sky News*-Interview jüngst die Berichterstattung aus England und anderen europäischen Ländern über die dramatische Situation in seinem Land als »Falschmeldungen« betitelte. Ein Schelm, wer Böses denkt.

Doch was bedeutet das? Die Zweifach-Geimpften sind nun bald auch offiziell nicht mehr geschützt (was sie ja vorher auch nicht waren, den »Impfdurchbrüchen« sei Dank) und nur die Booster-Impfung kann helfen. Und wie zu erwarten war, johlen die bekannten Heulbojen und peitschen die Lemminge in die Impfkabinen.

So schreibt Karl Lauterbach, alias die schönste Zahnfee der nördlichen Hemisphäre, auf Twitter: »Trotzdem würde ich davon ausgehen, dass Booster Impfung gut schützt vor schwerer Krankheit. Omicron macht Booster Impfung zu einem Muss.« Demnächst dann auch, um die freiheitlichen Grundrechte wiederherzustellen – allerdings nur für sechs Monate. So verkündete es auch Olaf Scholz, designierter Bundeskanzler und »Cum-Exler«, kürzlich laut Medienberichten. Es ist jetzt raus: Corona bleibt, die Booster-Impfungen auch, nur unsere Grundrechte nicht.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



GENERALSTREIK ALS LETZTES MITTEL?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Es fällt zunehmend schwer, eine Kolumne zum Thema Rechtsstaat zu schreiben, wenn man als Anwalt davon ausgeht, dass dieser nicht mehr existiert. Die 71. Ausgabe des Demokratischen Widerstands erscheint wenige Tage, nachdem die Bundesnotbremse vom Bundesverfassungsgericht durchgewunken wurde. Die Politik wird diese Entscheidung nun als Freifahrtschein zu weiteren drakonischen Corona-Maßnahmen nutzen, inklusive einer bereits angekündigten allgemeinen Impfpflicht.

71 Jahre hat uns das Grundgesetz gute Dienste geleistet, seit dem Frühjahr 2020 wurden die dort verbrieften Grundrechte systematisch eingeschränkt und inzwischen sind sie faktisch abgeschafft und hängen vom Impfstatus ab. Viele denken deshalb darüber nach, das Land zu verlassen. Zwar nimmt der Protest auf der Straße wieder zu, ob dieser aber ausreicht, um die Politik zur Vernunft zu bringen, wird sich zeigen. Viele erwägen daher einen Generalstreik als letztes Mittel des friedlichen Widerstands. Es stellt sich hier die Frage, ob und in welcher Form ein solcher Streik rechtlich zulässig ist. Der Deutsche fragt erst mal: Was ist erlaubt?

Nach herrschender Meinung ist ein Generalstreik zur Durchsetzung von politischen Zielen unzulässig. Aber was sind die Folgen? Wenn eine Gewerkschaft zu Unrecht einen Streik ausruft, macht sie sich schadenersatzpflichtig. Wenn Privatpersonen ihre Arbeitsleistung nicht mehr zur Verfügung stellen, wird es dagegen kaum eine Handhabe geben. Wer krank ist, kann sich krankmelden, es gibt Überstunden- und Gleitzeitkonten. Man kann natürlich auch sagen, ich verzichte auf das Gehalt und mache nicht mehr mit, Schaden ersatzansprüche des Arbeitgebers sind denkbar, aber schwierig durchsetzbar.

Immerhin, einen rechtlichen Schutz eines Generalstreiks sehen die wissenschaftlichen Dienste des Bundestags (allenfalls) dann, wenn dieser Streik als Ausübung des Widerstandsrechts gemäß Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz erfolgt. Voraussetzung ist, dass die verfassungsmäßige Ordnung bedroht ist. Nach meiner Rechtsauffassung ist dies eindeutig gegeben, wenngleich die Gerichte das natürlich anders sehen werden. Kein Staat wird jemals zugestehen, dass ein Widerstandsrecht greift. Dies kann erst im Nachhinein beurteilt werden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



Ein kleines Stück Rechtsgeschichte

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE *von Dirk Sattelmaier*

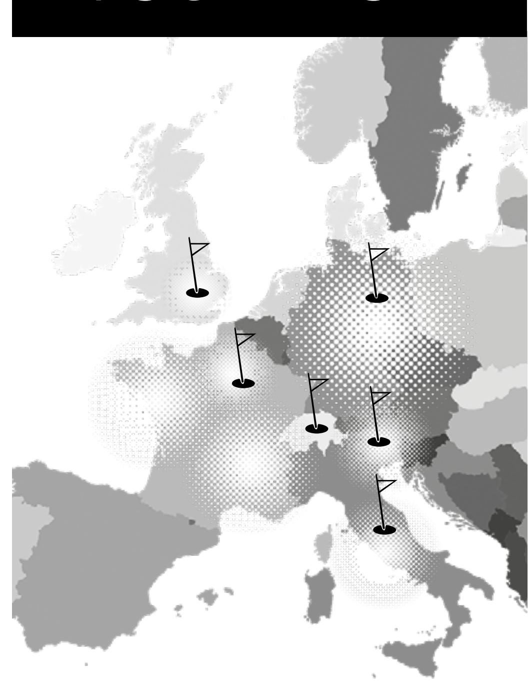
In diesen Zeiten ist alles neu und ungewohnt. Auch und vor allem vor Gericht erlebt der geneigte Strafverteidiger immer wieder Erstaunliches und Sonderbares. So konnte ich vor dem Landgericht Darmstadt einem Berufungsverfahren beiwohnen, an dessen Ende eine Entscheidung getroffen wurde, die eine versammlungsrechtliche Grundsatzfrage beantwortete, die bisher ein »Mauerblümchendasein« in den einschlägigen Kommentaren und vor allem bei den Gerichten fristete.

Vorweg: Es wurde ein Freispruch für eine Versammlungsleiterin, der vorgeworfen wurde, eine zu spät angemeldete Versammlung durchgeführt zu haben. Gemäß § 14 Versammlungsgesetz (VersG) muss die Anmeldung nämlich spätestens 48 Stunden vor Beginn erfolgen. Die Staatsanwaltschaft warf der Mandantin einen Verstoß gegen § 26 Ziff. 2 VersG vor, der zwar Bezug auf einen Verstoß des § 14 VersG nimmt, aber gleichzeitig nur von einer Versammlung »ohne« Anmeldung spricht. Ein Widerspruch, der bisher gerichtlich noch nicht entschieden wurde.

Das erstinstanzliche AG Darmstadt verurteilte die Mandantin noch zu einer Geldstrafe. Die eingelegte Berufung hatte nun Erfolg, da das Gericht sich an den Wortlaut des § 26 VersG hielt. Gut so – denn so geht juristisches Handwerk und es verblieb eine Entscheidung, die ein klein wenig Rechtsgeschichte schreibt.

Da fiel der anfänglich höchst turbulente Auftakt mit Befangenheitsantrag gegen die vorsitzende Richterin, die ohne Schweigepflichtentbindungserklärung die Ärztin der maskenbefreiten Mandantin telefonisch zu einer Gesundheitsauskunft bewegen wollte, nicht weiter ins Gewicht. Es bleibt aber dabei: Die Corona-Zeit treibt dolle Blüten – eben auch vor Gericht. Quintessenz: Auch eine verspätet angemeldete Versammlung kann ohne Strafbarkeit des Versammlungsleiters durchgeführt werden.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!

BLEIBEN SIE MOBIL

Zur Demo am 4. Dezember 2021 in Berlin. |Von Hendrik Sodenkamp

Heute, Samstag den 4. Dezember 2021, um 13 Uhr treffen sich Demokratinnen und Demokraten wieder in Berlin. Angemeldet ist eine Versammlung auf dem Märkischen Platz.

Von dort geht es zur Australischen Botschaft, um den Hilferuf der australischen Demokratiebewegung zu beantworten (siehe Seite 10), dann über den Spittelmarkt, vorbei am Gebäude der Impf-Springerpresse. Abgebogen wird in die Rudi-Dutschke-Straße, dann nach links die Friedrichstraße hinunter, am nicht nur architektonisch abscheulichen *taz-Tower* vorbei zur SPD-Parteizentrale, wo Unmutsbekundungen zu erwarten sind. Dann zum Mehringdamm bis zur Bergmannstraße. Endpunkt ist der Marheinekeplatz.

So der Plan, aber in Berlin weiß man nie. Vielleicht wurde diese Versammlung bereits vom Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) verboten, vielleicht gab es Änderungen der Route. Um an dem Tag Bescheid zu wissen, gucken Sie bitte in den Kanal des Demokratischen Widerstands auf dem Telefonprogramm Telegram: t.me/DemokratischerWiderstandTelegram – Hier berichten wir über das Demonstrationsgeschehen des Tages und halten Sie auf dem Laufenden.

An der Organisation der Demonstration beteiligten sich die Initiativen Freedom Parade, die Freie Linke, Querdenken Berlin, Studenten stehen auf, Eltern stehen auf, Basisdemokraten, die Berliner Kommunarden, die Bewegung Leipzig und mehr. Für das sogenannte Kooperationsgespräch wurde ich als Anmelder in die Kaserne der Bereitschaftspolizei geladen; ein unüblicher Vorgang, der mir in den letzten Jahren mit Hunderten Demonstrationen noch nicht zu Ohren gekommen ist. Trotz der dunkeldeutschen Architektur: Das Treffen war sehr höflich, ebenso die anschließenden Telefonate.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Veranstaltung
4.12.2021 14-17 Uhr	Anbach, Hofwiese	Umzug für die Menschenrechte
4.12.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung, »Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit«
4.12.2021, 13-19 Uhr	BERLIN, MÄRKISCHER PLATZ	UNSPALTBAR GEGEN DEN IMPFZWANG, GROSSDEMO
4.12.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
4.12.2021 11-14 Uhr	Düsseldorf, Rheinufer auf der Höhe der Kunstakademie	Studentendemo gegen Diskriminierung an Hochschulen
4.12.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
4.12.2021, 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
4.12.2021 14:30 – 20 Uhr	Frankfurt am Main, Alte Oper	Kundgebung und Umzug – S.O.S. Australia
4.12.2021 (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit, Vernunft un das Ende aller Corona-Maßnahmen
4.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
4.12.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
4.12.2021 14:30-17:30 Uhr (jeden Sa)	Hamburg, Vor der Kunsthalle, Ernst-Merck-Straße	Aufzug – Hände weg von unseren Kindern
4.12.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
4.12.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
4.12.2021 18-19:30 Uhr	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache für Grundrechte
4.12.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
4.12.20221 13.30-17 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese/ Matthias-Pschorr-Straße	Autokorso gegen die Apartheid
4.12.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz, Am Sportplatz/Bernauer Straße	Schilderaktion »Freiheitsallee«
4.12.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
4.12.20211 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
4.12.2021 15-19 Uhr	Traunstein, Stadtplatz	Kundgebung gegen die Impfpflicht
5.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Frankfurt, Opernplatz	Schweigemarsch für unsere Menschenrechte
5.12.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Neuer Ort! Kirche am Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
5.12.2021 12-14:30 Uhr (jeden So)	Königsbrunn, Wittelsbacher Park	Speaker's Corner
5.12.2021 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
5.12.2021 16:30-17:15 Uhr	Solingen, Martin-Luther-Straße 12	Mahnwache gegen Ausgrenzung in der Kirche
6.12.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
6.12.2021 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer	Mahnwache vor dem RKI
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
6.12.2021 18:29-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Karlhorst, Teskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Kiezspaziergang für Frieden und Freiheit
6.12.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang mit dem Grundgesetz
6.12.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Röhrbrunnen	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mirko am Festplatz
6.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
6.12.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden, Altmarkt	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
6.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
6.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Normalität statt Ausnahmezustand, nein zur Impfapartheid für eine offene Gesellschaft
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßplatz	Demokratie-Flashmob
6.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
6.12.21 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
6.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
6.12.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
6.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
6.12.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
7.12.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz, Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
7.12.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Marktplatz	Kundgebung und Demo gegen die Corona-Maßnahmen
7.12.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions, Suwonallee 1	Autokorso für Grundrechte
8.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eipler Denkmal, Eilper Straße 41	Bürgertreff und Spaziergang
8.12.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
8.12.2021 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird auf muenchen-steht-auf.de bekannt gegeben	Mittwochsumzug mit Grundgesetz
8.12.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
8.12.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mi)	Papenburg, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
8.12.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
9.12.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Wilmersdorfer Straße/ Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
9.12.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Corona-Maßnahmen und Impfpflicht
9.12.2021 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
9.12.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
10.12.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
10.12.2021 15-16 Uhr (jeden Fr)	Erfurt, zwischen MDR und Bundesgartenschau	Schilderprotest, »Hände weg von unseren Kindern«
10.12.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Rotkreuzplatz	Offenes Mikrophon – Demokratie leben
10.12.2021 16-18 Uhr	Solingen, Vor der Hofgartentreppe	Mahnwache gegen 2/3G und die Spaltung der Gesellschaft
11.12.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung, »Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit«
11.12.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
11.12.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Sa.)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Aufzug, »Impfapartheid nicht mit uns!«
11.12.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
11.12.2021, 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
11.12.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
11.12.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit, Vernunft und das Ende aller Corona-Maßnahmen
11.12.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
11.12.2021 14:30-17:30 Uhr (jeden Sa)	Hamburg, vor der Kunsthalle, Ernst-Merck-Straße	Umzug – Finger weg von unseren Kindern
11.12.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
11.12.2021 15:30-18 Uhr (14 Tägig)	Kassel, Königsplatz	Grundrechte sind nicht verhandelbar
11.12.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
11.12.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
11.12.2021 17-19 Uhr (alle 14 Tage)	München, Theresienwiese	Abendkorso gegen das Corona-Regime
11.12.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz, Am Sportplatz/Bernauer Straße	Schilderaktion »Freiheitsallee«
11.12.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	Reichelsheim (Odenwald), B38 Ortseingang Aldi	Zusammenkunft für Grundrechte, Freiheit und Selbstbestimmung
11.12.20211 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
12.12.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Kirche am Neumarkt, Mittelstraße/Apostelnkloster	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
12.12.2021 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
13.12.2021 18-20 Uhr (jd. 2., 3., 4. Mo)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
13.12.2021 18:29-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Karlhorst, Teskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Kiezspaziergang für Frieden und Freiheit
13.12.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
13.12.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
13.12.21 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte

**Schicken Sie jetzt Ihre Versammlungstermine an
Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**

Habe die Ehre!

Der verdienstvolle Polizeihauptkommissar und tapfere Demokrat Karl Hilz ist von uns gegangen. | NACHRUF der Polizisten für Aufklärung



Der bayrische Sturschädel hat uns verlassen. Karl Hilz hat sein ganzes Leben lang für Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft und jetzt den Kampf beendet.

Karl ist am Freitag, den 19. November 2021, verstorben. Seine langjährigen gesundheitlichen Beschwerden, auf die er während der vergangenen 18 Monate im Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen keinerlei Rücksicht nahm, haben dazu geführt, dass er völlig erschöpft war.

Bereits auf dem Weg der Besserung ist er über Nacht eingeschlafen und nicht mehr aufgewacht. Für Karl hat der Kampf friedlich geendet. Noch an seinem Todestag schenkte ihm seine Schwiegertochter eine gesunde Enkelin.

Karl wurde von Polizisten – seinen früheren Kollegen – auf Demonstrationen häufig extrem gemaßregelt und belastet, da er aufgrund eines Berufsunfalls und daraus resultierenden Lungenproblemen keine Maske tragen konnte. Trotz allem, was ihm auf den Demonstrationen teilweise angetan wurde, stand er immer wieder auf und engagierte sich für die freie demokratische Grundordnung, für die Freiheit der Menschen und für das Recht.



Er engagierte sich rund um die Uhr. Wenn er nicht schlief oder etwas aß, sah man ihn immer am Telefon, in Telegram, in *Zoom*-Meetings oder auf der Straße. Für die Aktion »Landtag abberufen« in Bayern hat er sich nochmals extrem eingesetzt. Karl hat mit aller Kraft gekämpft, weil er darin einen Weg in die Freiheit sah. Direkt nach Bekanntgabe der Ergebnisse sagte sein Körper »nein« und zwang ihn in die Knie. Er konnte nicht mehr kämpfen. Davon hat Karl sich nicht mehr erholt.

Wir sind unendlich traurig, diesen Freiheitskämpfer verloren zu haben. Karl wird so schmerzlich vermisst von seiner Frau, seiner Tochter und seinen Söhnen, von Schwager, Schwägerin, Schwiegertochter und Schwiegersohn sowie seinen Enkelinnen, die in ihm den liebevollsten und fürsorglichsten Opa gefunden hatten, den man sich nur wünschen kann. Und so wird Karl auch uns allen schrecklich fehlen, die wir in den letzten Monaten an seiner Seite waren.



Die letzten Bilder auf dem Telegram-Kanal des ehrwürdigen Polizisten Karl Hilz



»SEID UNTERTAN DER OBRIGKEIT! ...«

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Rainer Kraus

Früh haben unzählige Christen Stellung bezogen – unzählige kamen in den fast zwei Jahren dazu. Aber für sehr viele mehr gibt es eine »innerchristliche Bremse«! Aus ernsthaften und von mir geschätzten Kreisen kamen Stellungnahmen: »Seid untertan der Obrigkeit!« – so Paulus im Römerbrief. Und der Prophet Jeremia befahl den nach Babylon verschleppten Israeliten: »Sucht das Wohlergehen der Stadt!« (Jer. 9,7). Also gehorchen, solange sie nicht den Kern unseres Glaubens angreifen?

Wir Christen müssen unsere Bibel ernst und genau studieren. Sie ist lebendiges Wort Gottes, aber es erfordert Sorgfalt und Offenbarung! Einige Anmerkungen: Die Wahl des Wortes »Obrigkeit« in Röm. 13,1 ist bereits ein Herausreißen der paulinischen Aussage aus dem Kontext und gleichzeitig ein Hineinlesen unserer politischen Welt in den Text. Inwiefern? Es gibt in diesem Vers gar keine »Obrigkeit«! Paulus sagt: »Jeder unterwerfe (!) sich der *Exousia*, die er über sich hat.« *Exousia* bedeutet Gewaltmacht, die das Schwert zur Eroberung und zur Besatzung trägt! Dies waren Babylon und Rom.

Paulus wie Jeremia sehen den theologischen Hintergrund: Israel hatte den Bund mit Gott durch Götzendienst gebrochen. Babylon und Rom waren daher *Exousiai*, Gerichte mit dem Ziel der Buße des Volkes (vgl. 5. Mose 28). Besonders die Judenchristen ermahnt er, sich dieser »Setzung« unterzuordnen und nicht bei der damals vorhandenen, zunehmend aufflammenden Gegenwehr gegen Rom mitzumachen, die von messianischen Erwartungen geschürt war – und am Ende zur Zerstörung Jerusalems führte.

Gib der *Exousia* was sie fordert, sei gerecht und gut. Dann musst du sie nicht fürchten, auch nicht in Verfolgung. Dieser Aspekt ist den meisten Christen klar. Aber: Wir leben nicht exakt in Römer 13. Wir haben über uns keine von Gott gesetzte *Exousia* mit dem Schwert der Gewalt. Wir haben alle »selbst eingesetzt« mit zeitlich und inhaltlich definiertem Mandat. Ist Gott verantwortlich, sie abzusetzen? Nein, wir alleine sind verantwortlich – Gott wartet auf uns!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Den Langtext erhalten Sie unter rain_serv@gmx.de.



DAS SYSTEM KIPPT

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Stellen Sie sich vor, Sie wählen die Notrufnummer 110 und Sie hören nur: »Bitte warten, bitte warten, ... «. Falls Sie durchkommen, müssen Sie mit langen Wartezeiten rechnen oder man sagt, dass Hilfe aufgrund Personalmangels nicht möglich sei. Ein Szenario nach einem apokalyptischen Großereignis?

Glaubt man den Altmedien, befinden wir uns mitten in dieser Apokalypse: der Covid-19-Pandemie. Die Lage kann nur durch rigorose Durchsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen, insbesondere Impfung, unter Kontrolle gehalten werden. Gemäß Aussagen der Gewerkschaftssprecher der sächsischen Polizei befinden sich aufgrund der Krankheit dort so viele Polizisten im Krankenstand beziehungsweise in Quarantäne, dass der normale Dienstbetrieb kaum aufrechtzuerhalten ist.

Dass aufgrund der hohen Impfquote bei der Polizei die meisten der Erkrankten Geimpfte sind, wird auch von den Medien kolportiert. Es sind Fälle bekannt, wo gerade Ungeimpfte den Dienstbetrieb aufrechterhalten. Laut inoffiziellen Quellen ist Sachsen keine Ausnahme. In ganz Deutschland pfeift der Dienstbetrieb der Polizei aus dem letzten Loch. Wer nicht an Covid-19, Burnout oder anderen Problemen erkrankt ist, schiebt einen riesigen Überstundenberg vor sich her. Das System kippt bald: Die vorhandenen noch gesunden Polizeibeamten haben jetzt auch noch das Ordnungsamt bei der Durchsetzung der Corona-Maßnahmen zu unterstützen.

Und was passiert in der verantwortlichen Führungsebene? Der Karren wird weiter in den Dreck gefahren. Lösungen sind keine in Sicht, das würde bei den Entscheidungsträgern die Fähigkeit zur Selbstkritik erfordern. Die Verantwortung wird in Sachsen an die Bürger abgegeben. Man möge die Maßnahmen selbst umsetzen.

Damit muss die Polizei ihre knappen Ressourcen nicht an Querdenker verschwenden und kann sich ihren Kernaufgaben widmen. Praktischerweise ist damit die Verantwortung abgegeben und gleich der Schuldige festgelegt: Menschen, die für ihre unveräußerlichen Grundrechte kämpfen.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

In einem Jahr durch 19 Länder

Oder: Ohne Maske, Test und Quarantäne | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich im Odenwald, genauer im Städtchen Michelstadt. Ich spreche mit dem Weltenbummler Paul über ein Land, das nicht existiert, und Einkaufswagenchips mit Werbung.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.
Hallo, ich bin Paul. Ich bin 37 Jahre alt, ledig und Elektroingenieur. Mein Lebenslauf war bis vor kurzem nicht wirklich spannend: Abitur, Zivildienst beim Rettungsdienst, Studium an der TU Darmstadt. Dann habe ich vor zwei Jahren gekündigt und eine Weltreise gemacht.

Was war der Impuls, dem Land und dem Job den Rücken zu kehren und sich die Welt anzuschauen?
Ich habe festgestellt, dass mein Leben immer in den gleichen Bahnen lief: Arbeiten, Sport, Mitarbeit in einem Jugendtreff, Kirche, Freunde ... Wenn ich Familie hätte, dann wäre das sicher der *best case*. Für mich hat es sich aber irgendwann angefühlt wie der *worst case*. Ich verschwendete mein Leben. Ich war ungebunden und nutzte diese Chance nicht. Zweimal im Jahr war ich für drei Wochen im Urlaub. Doch kaum halbwegs im Land angekommen, musste ich schon wieder den Rückflugort anpeilen. Das war extrem nervig. Und nach jeder Reise fiel es mir schwerer, mich wieder an den Alltag zu gewöhnen.

Deshalb bin ich im Mai 2019 Vollzeit auf Reisen gegangen. Ich hatte nur eine ungefähre Route im Kopf. Angefangen habe ich in Iran, wo ich zehn Wochen blieb. Dann bin ich drei Monate mit dem Motorrad durch den Norden Pakistans gefahren, inklusive *Fairy Meadows* (mit Blick auf den Achttausender-Berg Nanga Parbat) und dem Khunjerab Pass (der höchstgelegene befahrbare Grenzübergang der Welt). In beiden Ländern habe ich eine unglaubliche Gastfreundlichkeit erlebt. Spontan haben mich wildfremde Menschen bei sich übernachten lassen, und ich durfte sogar einen Vortrag vor 400 Studenten an einer Universität in Kaschmir halten.


Der Weltenbummler Paul möchte in Deutschland weiterkämpfen.
Foto: Hannes Henkelmann

Wie ging es dann weiter?
Sechs Wochen war ich in Indien, dann über Silvester in der Ukraine, später Moldawien und Transnistrien. Das ist übrigens ein Land, das offiziell nicht existiert. Es hat eine Währung, Pässe und Militär, aber ist von keinem anderen Land anerkannt. Das nur am Rande.

Im März 2020 kehrte ich nach Deutschland zurück. Doch kaum hier, wollte ich wieder weiterreisen. Da ich keine Maske trage und mich nicht testen lasse, war Fliegen keine Option. Deshalb bin ich Ende Juli mit dem Motorrad Richtung Berlin aufgebrochen und habe an der großen Demo am 1. August 2020 teilgenommen. Danach ging es weiter nach Tschechien, Polen, durch das Baltikum, Finnland und so weiter. So war ich 2020, dem Jahr der schlimmsten Pandemie aller Zeiten, in insgesamt 19 Ländern. Ohne einmal Maske zu tragen, ohne einmal getestet zu werden und ohne Quarantäne.

Sie sind im Oktober 2020 wieder nach Deutschland gekommen. Wie waren Ihre ersten Eindrücke?
Es schockierte mich, wie extrem sich das Land in der Zeit von August bis Oktober verändert hatte. Vorher hatte ich nie eine Maske getragen und wurde auch nur selten darauf angesprochen. Doch gleich an meinem ersten Tag zurück in Deutschland wurde ich in einem Dönerladen von einem Kunden angemacht, weil ich keine Maske trug. »Wegen Idioten wie euch haben wir diese ganze Pandemie.« Dann war ich wieder in Berlin und habe auf einer Demo zum ersten Mal Polizeigewalt erlebt. Es war der Tag, an dem Markus Haintz und Friederike Pfeiffer de Bruin brutal verhaftet wurden.

Sie sind in Deutschland geblieben und aktiv in der Demokratiebewegung?
Ja und ja! Für mich findet der wichtigste Widerstand im Alltag statt. Einfach keine Maske anziehen, wenn man ins Geschäft geht. Ich habe es schon erlebt, dass Leute auf dem Weg zur Demo auf der Raststätte brav ihre Maske anziehen. Das geht gar nicht. Wenn man kein Attest und keine Lust auf Diskussionen hat, dann sollte man die Maske wenigstens erst auf Nachfrage anziehen. Oftmals fragen die Mitarbeiter gar nicht, wenn man selbstbewusst ins Geschäft geht.

Der alltägliche Widerstand und die Aufklärungsarbeit haben mich auf die Idee gebracht: Einkaufswagenchips mit Werbung für den Corona-Ausschuss herzustellen. Nach dem Einkauf *vergisst* man den Chip einfach und der nächste Kunde lernt so hoffentlich den Corona-Ausschuss kennen. Das kam sehr gut an. Außerdem habe ich auf Demos gefilmt und danach Zusammenfassungen bei Youtube hochgeladen. Nachdem mein Kanal gelöscht wurde, was einem Ritterschlag in der Szene gleicht, bin ich auf Telegram umgestiegen. Dort berichte ich auf *t.me/dauerwelleDemoReport* in kurzen Sequenzen von Demos und den neusten Entwicklungen im Zusammenhang mit Corona.

Eine weitere Form des Widerstands ist es, nicht an Veranstaltungen teilzunehmen, die die ganzen Maßnahmen unterstützen. Aus diesem Grund gehe ich nicht mehr zur Kirche. Ich kann es einfach nicht mitansehen, wie Leute mit dem Lügenlappen vor dem Gesicht Gott anbeten. So geht es vermutlich vielen Christen. Zum Glück gibt es mit den »Christen im Widerstand« mittlerweile ein Netzwerk von Gleichgesinnten.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

GUTER JOURNALISMUS

Danke für Eure tolle journalistische Arbeit! Ihr seid so wichtig dafür, dass viele an gut belegte Informationen herankommen, die ich gerne teile! Ihr tut was für die Gesundheitsrechte!
– Eine gut informierte Leserin

KRAFT UND MUT

Ich wünsche uns allen viel Kraft und Mut und dem »Deutschen Michel« endlich mal etwas mehr »Arsch in der Hose«.
– Kein Deutscher Michel

BEWAFFNETER WIDERSTAND?

Hallo, ihr Lieben. Herzlichen Dank für Eure Zeitung! Ihr erfüllt mit Euren Gedanken, Gefühlen und Taten die entscheidend wichtige Aufgabe gegen die Finsternis dieser Zeit. Hält Eure Figur im Schriftzug ein Waffe in der Hand? Ist das eine Botschaft für einen gewalttätigen Widerstand? Es geht Euch sicher auch um friedvollen bewussten Umgang miteinander. Liebe Grüße.
– Eva M. Masur

REDAKTIONSPAUSE

Ich habe über einen Bekannten den DW kennengelernt. Bin total begeistert. Im Moment ist es unerträglich, im Radio die Lügen zu ertragen. Warum nun die Pause nach fünf Wochen ist, weiß ich nicht.
– Frau Selsel

ANERKENNUNG AUS DER FACHWELT

Seitdem mir in der Fußgängerzone im frühen Sommer 2020 die erste Ausgabe gegeben wurde – es war die mit dem Herzen –, lese ich den Demokratischen Widerstand. Seit diesem Zeitpunkt habe ich angefangen, mich zu informieren. Ich habe also selber erfahren, wie wichtig Ihr Schaffen ist. Ich arbeite hier in Rheinland-Pfalz selber seit 24 Jahren in einer Regionalzeitung in der Verwaltung (Näheres kann ich leider nicht sagen), daher weiß ich, was für ein Arbeitspensum und was für Kosten bei einer gedruckten Zeitung anfallen. Dass Sie aus dem Stand eine neue Wochenzeitung in dieser Regelmäßigkeit und Qualität in die Welt gebracht haben, auch dafür gilt Ihnen meine große Anerkennung. Die meisten Menschen können das ja gar nicht einordnen, wie auch? Machen Sie bitte weiter, ich werbe hier auch fleißig unter der Hand Abos.
– Michael H., Rheinland-Pfalz

HARMONIE IST EINE STRATEGIE

Vielen Dank für Ihre Arbeit. Ich verteile die Zeitung nun schon seit Ausgabe 34 jede Woche. Teilweise werfe ich sie in die Briefkästen und teilweise lege ich sie in meinem Geschäft aus. Mir ist aufgefallen, dass die Ausgaben mit klaren Aussagen auf dem Titel, wie »Wieviele Impftote wollt ihr noch?« am meisten Aufmerksamkeit erregen, da bleibt das Auge einfach hängen und es entwickeln sich dann auch sehr gute Gespräche. Bunte und positive Bilder kann ich hingegen sehr einfach verteilen, ohne Diskussionen. Das ist mal ganz gut, wenn ich nicht die beste Woche habe, aber auch eben schade um eben diese Diskussion. Ich bin übrigens nicht mit jedem Wort einverstanden, dass Sie schreiben. Das kann ich den Leuten aber auch sagen. Die Zeitung ist ja schließlich keine heilige Schrift. Die Leute freuen sich dann immer, weil ich somit das Eis brechen kann. Machen Sie bitte weiter.
– Kathrin Heuss, Essen

AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Die Geschmierten

Bill Gates hat nach eigenen Angaben 319 Millionen US-Dollar in Medienunternehmen und Universitäten investiert. Die Beschenkten werden sich hüten, Kritisches über Gates zu veröffentlichen. | Von Hermann Ploppa

Ein schönes englisches Sprichwort lautet: »He who pays the piper calls the tune!« Zu Deutsch etwa: Wer den Musikanten bezahlt, bestimmt auch, welches Lied gespielt wird. An solchen materiellen Abhängigkeiten führt kein Weg vorbei. Und wenn wir gerade fassungslos zur Kenntnis nehmen, dass in den Medien weltweit ausschließlich die offizielle Erzählung über Corona und der Unausweichlichkeit der Zwangsimpfungen rauf und runtergebetet wird, dann finden wir die Erklärung darin, dass der derzeit zweitreichste Mann der Welt, Bill Gates, insgesamt 319 Millionen Dollar über seine Stiftung an Multiplikatoren in den Medien, in Lehrerfortbildungsstätten und Universitäten gespendet hat.

Da muss Gates dann auch gar nicht mehr groß betonen, dass er selber und seine Ambitionen tunlichst nicht in einem kritischen Licht betrachtet werden sollen. Das hat jeder der Bedachten selbstverständlich schon lange zutiefst verinnerlicht. Die Summe von 319 Millionen Dollar Fördergeldern ist auch kein Staatsgeheimnis. Es ist vielmehr die undankbare Aufgabe, eine Stecknadel im Heuhaufen zu finden. Das Recherchenetz *MintPress* hat allerdings eine spezielle Software auf die etwa 30.000 Spenden der Bill and Melinda Gates-Stiftung angesetzt, und jene Spenden für die große Meinungsbildungsoperation des Impf-Apostels Gates herausgefiltert.

Und siehe da: Das bekannte Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erhielt demzufolge bislang sogar 5.437.294 US-Dollar von der selbstlosen Gates-Stiftung. Entsprechend Gates-freundlich ist die Berichterstattung des Hamburger Magazins. Da nimmt es auch nicht wunder, dass die angesehene englische Tageszeitung *The Guardian* Gates sogar zum »Sankt Bill« erhebt. Schließlich bekommt die dereinst so unerschrockene Zeitung von Onkel Bill 12.951.391 Dollar geschenkt. Die als linksliberal geltende spanische Tageszeitung *El País* muss sich dagegen mit 3.968.184 Dollar aus Bills Portokasse begnügen.

Die öffentlich-rechtliche britische *BBC* bekommt 3.668.657 Dollar aus derselben Quelle, und die kommerzielle Sendeanstalt *CNN* 3.600.000 Dollar. Das arabische Nachrichtenportal *Al-Jazeera*, dereinst angetreten als arabische Antwort auf die angloamerikanische Mediendominanz, bekommt genau eine Million aus den amerikanischen Spendierhosen. Dann gibt es da noch das *Youtube*-Portal *Kurzgesagt*, wo versucht wird, komplexe Zusammenhänge knackig-nackig in Viertelstunden-Länge zu erklären. Auch hier kommen immerhin noch 570.000 Dollar von Onkel Bill an. Das hoch angesehene Intelligenzblatt *Le Monde* bekommt 4.073.194 Dollar. Dabei gehört das angeblich linke Pazifistenblatt zu 15 Prozent bereits dem Rüstungskonzern Lagardère.

NICHT NUR MEDIENPORTALE GEHÖREN ZU DEN MILLIARDÄRSGÜNSTLINGEN

Zu den weiteren Empfängern der Wohltaten der Gates-Stiftung zählen Vereinigungen von nichtkommerziellen Radiostationen, Fortbildungsportale und Faktenchecker mit Universitätsanbindung. Aber auch Universitäten, die sowieso schon in Geld baden, lassen sich vom Microsoft-Gründer aushalten: zum Beispiel die milliardenschwere Harvard-Uni mit 1.190.527 Dollar, oder die Johns-Hopkins-Universität, die ja auch das Seuchen-Manöver »Event 201« ausgerichtet hat, bekommt 1.866.408 Dollar. Die renommierte Berkeley-Universität im sonnigen Kalifornien, dereinst Zentrum kritischer Sozialforschung, kann sich über 767.800 Dollar aus dem Gates-Topf freuen.

Es gibt zudem privat betriebene Journalisten-Fortbildungsstätten. Das European Journalism Centre hat bislang 20.060.048 Dollar bekommen. Und das International Center for Journalists, das mit dem international agierenden *Regime-Change*-Netzwerk »National Endowment for Democracy« zusammenarbeitet, erhält 20.436.938 Dollar. Die gesamte Journalistenausbildung ist somit tief in Gates-Wasser getränkt. Für die jungen Nachwuchsjournalisten versteht es sich von selber, die Meriten des großen Förderers Bill Gates in keiner Weise in Frage zu stellen.



MEDIEN MÜSSEN KOMMUNALISIERT WERDEN

Diese Art der indirekten Förderung der eigenen Interessen durch diskrete Spenden ist mit Sicherheit weitaus effizienter und kostengünstiger, als wenn sich Gates die Medienorgane einfach so kaufen würde. Er erspart sich unternehmerisches Risiko sowie Verantwortung und hat doch alle Fäden in der Hand. Anders als Mister Amazon Jeff Bezos, der sich mal eben ganz ungeniert die *Washington Post* gekauft hat.

Diese Beispiele machen deutlich, dass kein Weg daran vorbei führt, einflussreiche Medien in öffentliche Hand zu überführen und durch die Öffentlichkeit finanzieren zu lassen. Die deutsche Konstruktion öffentlich-rechtlicher Medien bietet eine gleichermaßen gesunde Distanz zur Privatwirtschaft und zu staatlicher Übergriffigkeit. In der Ausführung gibt es leider gravierende Mängel. Aber anstatt dieses Konzept einfach über Bord zu werfen, sollte man es perfektionieren. Anderenfalls sind die Medien ein wehrloses Opfer der neofeudalen Oligarchen – Pressefreiheit nach Gutsherrenart eben.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Frei nach dem bekannten Sprichwort: Wer die Medien bezahlt, bestimmt auch, welche Artikel geschrieben werden. *Collage: Jill Sandjaja*

ALPENDEMOKRATEN IM KAMPFMODUS

Österreichische Demokraten machen mit historisch großen Demonstrationen deutlich, dass ihre rote Linie überschritten wurde. | Von Sejla Vie

Treu nach dem Motto der österreichischen Hymne »Mutig in die neuen Zeiten – Frei und gläubig sieh uns schreiten« erleben wir gerade das zunehmende Aufbegehren einer flächenmäßig zwar recht kleinen, aber lauten Nation, deren Geduldsfaden vor der wohl größten Zerreißprobe seit dem 2. Weltkrieg steht.

Lange befand sich Österreich, zusammen mit den meisten anderen Staaten der EU, in einer bedrückenden Lethargie gegenüber den autoritären Repressalien des Staates, der die einst so rühmliche liberale Mentalität der Österreicher Stück für Stück im Keim zu ersticken droht. Wer das weltpolitische Agieren der Machthaber in Bezug auf die Pandemie von Anfang an verfolgt hat, dem dürfte recht rasch klar gewesen sein, dass die kürzlich angekündigte »Impfpflicht« das letzte und äußerste politische Mittel zum Zweck darstellen würde, um das widerspenstige Volk in die Schranken zu weisen. Ist es aber doch erst dieser radikale Einschnitt, der gefehlt hat, um die bis dato zurückhaltende Masse endgültig in den Kampfmodus zu überführen und den Keim der Freiheit in den Köpfen der Menschen wieder neu zu sähen.

Die Welle dieses entflammten Freiheitsgedankens hat längst Österreichs Landeshauptstadt Wien, in der sich am 20. November 2021 schätzungsweise bis zu 300.000 Personen einfanden, neben Graz, welches sich am 27. November mit einem historisch langen Protestmarsch von über 35.000 Demokraten positionierte, mit geballter Kraft eingeholt und lässt die Worte »Friede, Freiheit, Demokratie« beinahe täglich auf den Straßen bis in die kleinsten Winkel unserer Alpenrepublik schallen. Immer schwieriger scheint es für die *Mainstream*-Medien, die großen Massen und die individuellen Menschen dahinter als eine radikale Randgruppe zu diskreditieren, zu Außenseitern, zu Gefährdern der Demokratie zu erklären. Österreich hat allen voran eine Glut entfacht, die das Potential hat, ein Flächenbrand zu werden, ein David gegen Goliath auf europäischer Ebene, auf dessen Ausgang selbst ein großes, aber müdes Deutschland am 4. Dezember voller Hoffnung erneut nach Wien blicken lässt.



Historisch langer Protestzug mit 35.000 Teilnehmern in Graz am 27. November 2021
Foto: Sejla Vie



Sejla Vie ist eine diplomierte Innenarchitektin und Studentin der Psychologie in Graz.

Die Welt in aller Kürze

+++ Rotterdam, 19.11.21: Hafenarbeiter beginnen die Proteste gegen das geplante Hygienepass- und Apartheidsgesetz. +++ Paris, 20.11.21: Hunderttausende Gelbwesten marschieren durch die französische Hauptstadt. +++ Brüssel, 21.11.21: Am Aufstand von Brüssel beteiligen sich Hunderttausend und mehr. +++ Guadeloupe, 22.11.21: Die französische Kolonie wird dieser Tage vom französischen Zentralstaat angegriffen. Truppen landen per Flugzeug. Söldner marodieren durch die Straßen der Kolonie. +++ Cádiz, 23.11.21: Die spanische Zentralregierung lässt auf streikende Metallarbeiter in der Hafenstadt einprügeln. Die Arbeiter hatten sich gegen Lohnkürzungen und den Apartheidspass gewehrt und waren vor einer Woche in einen unbefristeten Streik getreten. Dass die Polizei auf Gewerkschafter einprügelt, geschah in Spanien zuletzt im francistischen Faschismus. Der gleichgeschaltete DGB äußerte sich nicht. +++ Sheffield, 23.11.21: Der schottische Fußballnationalspieler John Fleck kollabiert nach Verabreichung des Genstoffes auf dem Spielfeld und zeigt den typischen lebensbedrohlichen Impfschock. +++ Fort-de-France, 28.11.21: Das Volk von Martinique steht konstant auf gegen den Corona-Terror der französischen Kolonialregierung. In anderen Teilen Latein- und Mittelamerikas gibt es faktisch kein Corona-Regime. +++



Laserlurch via Telegram

S.O.S.-RUF AUS AUSTRALIEN

Die Kampagne S.O.S.-Australia bittet darum, am 4. Dezember 2021 vor australischen Botschaften und Konsulaten zu demonstrieren. Ein Interview mit der Gründerin der Organisation »reignitedemocracyaustralia« Monica Smit. | INTERVIEW von Jill Sandjaja

Jill Sandjaja: Können Sie sich bitte kurz vorstellen?
Monica Smit: Mein Name ist Monica Smit. Vor Covid war ich Kauffrau. Ich arbeitete im Immobilienbereich, in der Werbebranche, im Marketing und im Radio. Durch meine Arbeit konnte ich mir die nötigen Netzwerk- und Kommunikationsfähigkeiten aneignen, die ich jetzt für den Widerstand nutze. Ich gründete im August 2020 die oppositionelle Organisation »reignitedemocracyaustralia« (zu Deutsch: Demokratie in Australien neu entfachen).

Was hat Sie dazu bewegt?
Ich hatte damals noch keine Ahnung, dass es sich zu dem entwickeln würde, was es jetzt ist, aber ich musste einfach etwas tun. Ich hatte das Gefühl, dass ich die Fähigkeiten besitze, meine Mitmenschen mental unterstützen zu können, damit sie die ganze Situation besser bewältigen können. Ich habe keine Kinder und ich habe auch keinen Regierungsjob, der mich abhängig macht. Also bin ich in einer guten Position, um anderen Leuten zu helfen.

Für was steht die Kampagne S.O.S.-Australia?
Immer und immer wieder das Gleiche zu tun und dabei zu erwarten, dass das Ergebnis sich ändert, ist eine Definition von Wahnsinn. Die Kampagne ist der Versuch, etwas Neues zu unternehmen. Ich hoffe, dass Menschen mit sehr viel Macht, politischem oder wirtschaftlichem Einfluss sehen, was hier in Australien passiert. Vielleicht sehen sie einen der Proteste vor den australischen Botschaften und Konsulaten und fragen sich dann, was in Australien los ist und realisieren, dass unsere Freiheit komplett genommen wurde. Ich weiß nicht, ob durch diese Kampagne sofort eine



Australische Demokraten versammelten sich am 27. November in Melbourne zu einer spektakulären Großdemonstration.
Foto: reignitedemocracyaustralia

Veränderung sichtbar sein wird, ich kann aber zumindest sagen, dass das Netzwerken und die Aufklärung während dieser Kampagne über Australien sich jetzt schon gelohnt hat. Australien ist die Spitze des Speers. Wir sind den anderen Ländern immer zwei bis drei Monate voraus, was die totalitären Maßnahmen und die gesellschaftliche Spaltung betrifft. Es wird bald auch die anderen treffen, wenn wir nichts dagegen unternehmen.

Wie bewerten Sie die aktuelle Lage in Australien?
Alles ist sehr düster. Die einzelnen Bundesstaaten agieren autonom. Sie führen beispielsweise die Impfpflicht ein, obwohl die Bundesregierung diese eigentlich als gesetzeswidrig bewertet. Gleichzeitig zwingt die Bundesregierung die Staaten und Unternehmen zur Umsetzung der angeordneten Maßnahmen. Schon Zwölfjährige dürfen nicht im Basketball-Team in der Schule mitspielen, wenn sie nicht geimpft sind. Sie dürfen auch nicht Kartfahren, nicht zum Bowlen gehen und so weiter.

Im Bundesstaat Victoria wird gerade ein neuer Gesetzentwurf mit dem Titel »the permanent pandemic legislation« (zu Deutsch: das ständige Pandemiegesetz) diskutiert. Der hiesige Premierminister Dan Andrews, ohne Zweifel ein Diktator, wird dann im Stande sein, eine Pandemie auszurufen, wann immer er möchte und ohne sich zuvor mit der Gesundheitsbehörde beraten zu müssen. Unsere Menschenrechte sind seit zwei Jahren nicht mehr existent und Andrews kann sie dann für immer verschwinden lassen. Ich flüchte nun aus diesem Bundesstaat, weil er Menschen, die er als Risiko für die öffentliche Gesundheit einstuft, für bis zu zwei Jahre ins Gefängnis stecken kann, ohne ein Recht auf Berufung. Die Gefangenen können gezwungen werden sich testen oder impfen zu lassen. In Victoria und Queensland bauen sie riesige Quarantäne-Lager. Das Lager in Victoria hat Gefängniswärter als Mitarbeiter eingestellt, also ist es de facto ein Gefängnis. Viele glauben, dass diese Lager eigentlich für die Ungeimpften bestimmt sind.

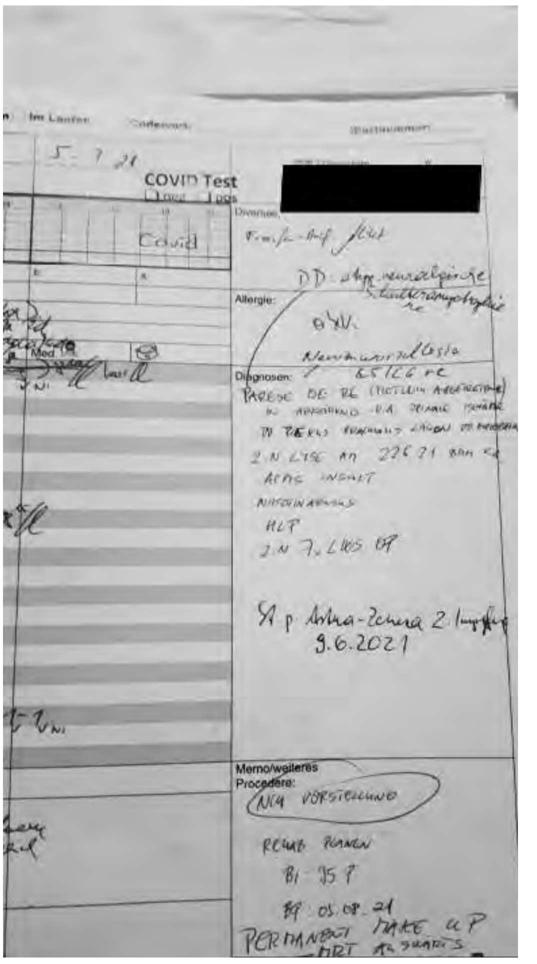
Wurden Sie persönlich schon Opfer des Corona-Regimes?
Ich war schon für 22 Tage in Isolationshaft für das, was ich tue. Sie versuchen mich zum Schweigen zu bringen und meine Organisation zu vernichten. Ich bin definitiv auf der Abschussliste und dieses neue Gesetz ist extrem gefährlich für jemanden wie mich, weil ich zu den einflussreichsten Oppositionellen gehöre.

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für dieses Interview genommen haben.

Vielen Dank, dass sie die Kampagne S.O.S.-Australia unterstützen, teilen und auf Australien aufmerksam machen. 15 Länder und einige US-Bundesstaaten machen schon mit. Ich hoffe, es werden mehr!

Vertuschte Impfschäden

Die diplomierte Krankenschwester Hilde erzählt ihre Leidensgeschichte nach einer schweren Impfnebenwirkung und berichtet über eine systematische Vertuschung von Impfschäden. | INTERVIEW von Andrea Drescher



MRT Plexus Brachialis rechts

Untersuchungstechnik: 1,5 Tesla, head & neck & body coil

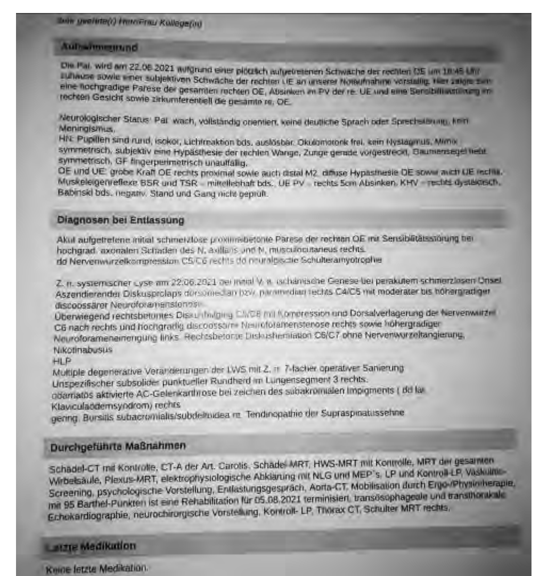
Cor: STIR blade
STIR space 3d
T1 TSE
T1 TSE fs-dixon
T1 vibe fs-dixon mit Gadolinium

Axial T2 medic
T2-TSE dixon

Die Radix ventralis C5 und C6 rechts sind verlagert und elongiert wie bei Kompression.
Zudem sind die Radices bei C5 und C6 rechts verbreitert und zeigen ein verstärktes KM-Enhancement.
Der Truncus superior kommt regulär zur Darstellung.
Unterhalb der Skalenuslücke ist die Beurteilbarkeit der Faszikel eingeschränkt.
Die übrigen Anteile des Plexus brachialis unauffällig.

Ergebnis:
Verlagerung und Ödematisierung der Radices C5 und C6 rechts

Mit freundlichen Grüßen



Diagnosen bei Entlassung

Durchgeführte Maßnahmen

Schädel-CT mit Kontrolle, CT-A der Art. Carotis, Schädel-MRT, HWS-MRT mit Kontrolle, MRT der gesamten Wirbelsäule, Plexus-MRT, elektrophysiologische Abklärung mit NLG und MEP's, LP und Kontroll-LP, Vaskulitis-Screening, psychologische Vorstellung, Entlastungsgespräch, Aorta-CT, Mobilisation durch Ergo-/Physiotherapie, mit 95 Barthel-Punkten ist eine Rehabilitation für 05.08.2021 terminisiert, transösophageale und transthorakale Echokardiographie, neurochirurgische Vorstellung, Kontroll- LP, Thorax CT, Schulter MRT rechts.

Letzte Medikation

Keine letzte Medikation.

Impfdokumentation, Befund und Entlassungsbrief der impfgeschädigten Krankenschwester Hilde
Fotos: Hilde privat

Andrea Drescher: Sie gehen davon aus, dass Sie durch eine Impfung geschädigt sind?
Hilde: Ja. Es wurde mir in Ansätzen von den Ärzten bestätigt – auch wenn es bis jetzt nicht als Impfschaden dokumentiert wurde. Aber es spricht alles dafür – obwohl die Ärzte alles getan haben, eine andere Ursache festzustellen. Die erste Impfung war am 25. März 2021, die zweite am 9. Juni. Beide Male mit Astrazeneca.

Warum haben Sie sich impfen lassen?
Die ersten Kollegen bei uns im Krankenhaus waren bereits Anfang Januar geimpft. Ich habe mich erst mal davor gedrückt. Man hat mich aber immer wieder kontaktiert. Bis ich dann am Ende aufgab. Der Druck war extrem hoch.

Und vorher waren Sie gesund?
Drei Wochen vor der zweiten Impfung, also im Mai, habe ich noch eine komplette Untersuchung bei meiner Internistin durchgeführt. Abgesehen von einem leicht erhöhten Cholesterin-Wert war ich gesund.

Wie verliefen Ihre Impfungen?
Nach der ersten gab es keinerlei Nebenwirkung, aber auch leider keine Wirkung. Es waren keine Antikörper feststellbar. Nach der zweiten Impfung ging es dann sofort mit den ersten Nebenwirkungen los. Ab dem 10. Juni lag ich vier Tage mit Schüttelfrost, Fieber und Gelenkschmerzen im Bett. Das ließ nach und ich ging wieder einige Tage arbeiten. Am 22. Juni war auf einmal mein rechter Arm gelähmt. Schmerzfrei, aber völlig gefühllos. Im Krankenhaus wurde eine hochgradige Parese des rechten Armes – also Oberarm und Unterarm – mit Sensibilitätsstörungen diagnostiziert. Eine Computertomographie (CT) vom Schädel inklusive Kontrastmittel ergab einen unauffälligen Befund. Daraufhin wurde ich in die *Stroke-Unit* verlegt.

***Stroke-Unit* heißt Intensivstation für Schlaganfallpatienten?**
Ja. Ich war vier Tage auf der Station und wurde intensiv untersucht. Die ganze Zeit war ich komplett schmerzfrei, aber der Arm blieb bis in die Finger völlig gefühllos. Als nächstes hat man die Ursache in der Halswirbelsäule vermutet und eine Magnetresonanztomographie (MRT) gemacht. Das Ergebnis war eine Stenose, das heißt eine Verengung, die mir aber noch nie Probleme mit dem Nacken verursacht hatte. Ich hatte zwar bereits Wirbelsäulenprobleme im Lendenbereich und hatte dort auch schon mehrere Operationen hinter mir, aber im Halsbereich gab es nie Symptome.

Nach vier Tagen wurde ich auf die Normalstation verlegt. Am 27. Juni ging es dann los mit wirklich massivsten Nervenschmerzen. Also wurde eine Nervreizleitung (NLG) von beiden Armen durchgeführt, um die Werte im Vergleich zu sehen. Bei der NLG wurde ein massiver Nervenschaden im rechten Arm diagnostiziert. Man erkannte anhand der unglaublich schlechten Werte, dass sechs Nerven betroffen sind. Bei einer MRT von der Schulter sah man, dass der Plexus, der zwischen Halswirbel und rechtem Oberarm ist, komplett ödematös verschwollen war, also ganz in der Nähe der Einstichstelle. Die offizielle Diagnose lautet »hochgradiger axonaler Schaden des Plexus brachialis«.

Lässt sich dieser auf eine Impfung zurückführen?
Da waren sich die Ärzte uneinig. Ein Arzt hat es mir definitiv bestätigt. Ein Teil der Ärzte hat bei der Visite gesagt, das sei sicher von der Impfung. Andere widersprachen, schoben es auf die Halswirbelsäule und ließen meinen Einwand, dass ich bis jetzt nie Schulter- oder Nackenprobleme hatte, nicht gelten. Ein Arzt erklärte mir, es gäbe nur drei Ursachen für einen derartigen axonalen Schaden. Erstens ein Trauma wie beispielsweise durch einen Motorrad–Unfall ausgelöst, zweitens durch einen Erreger oder eben ein Impfschaden. Ich hatte definitiv keinen Unfall und der Blutbefund aus den zweimal 25 Millilietern Blut, die sie mir abgenommen haben, war negativ. Was bleibt?

Ich bekam hochdosiert Kortison bis zur Entlassung, auch aufgrund der extremen Nervenschmerzen. Die fühlten sich an, als ob man mir ein heißes Messer in den Oberarm sticht und dieses ständig umdreht. Es wurde am Tag der Entlassung noch die Möglichkeit eines Rückenmark–Schlaganfalls mithilfe einer Lumbalpunktion untersucht. Aber auch da war alles in Ordnung.

Wurde der Impfschaden dann gemeldet?
Nein. Trotz meiner aktiven Nachfrage bekam ich nur als Antwort, das sei alles so unklar, ich solle zur Kontrolle kommen, aber erst nach der Reha. Dann würde man weitersehen.

Ging es dann gleich mit Reha weiter?
Nicht gleich. Am 25. August kam ich nach Bad Pirawarth auf die neurologische Station, wo ich inklusive einer Verlängerung bis zum 29. September blieb.

Wie haben Sie die Zeit zwischen 9. Juli und 25. August überstanden?
Ich lebe allein in einem Haus mit einem großen Garten. Es war wirklich schwer. Ich kann kein Auto mehr fahren, aber meine Geschwister und einige Arbeitskollegen haben mir geholfen. Allein bin ich nicht alltagstauglich ohne den rechten Arm, daher habe ich mir eine Putzfrau und eine Hilfe für den Garten organisiert. In der Reha habe ich mich schon zu circa 30 Prozent erholt, das heißt, ich kann den Arm jetzt etwas heben, damit aber weder essen noch schreiben.

Wie ging es mit den Kontrolluntersuchungen weiter?
Eine wurde anberaumt, während ich in der Reha war, zwei weitere wurden wegen Unterbesetzung und Corona abgesagt. Man sagte mir, sie kennen meinen Fall und ich solle mich doch später mal melden. Der nächste Termin ist für den 3. Dezember geplant. Ich habe definitiv den Eindruck, die wollen sich drücken, den Impfschaden melden zu müssen. Zumindest gab es immer sehr verworrene Reaktionen auf meine diesbezüglichen Nachfragen.

Bekommen Sie irgendwelche Unterstützung materieller Art? Bei einem Impfschaden müsste Ihnen ja Entschädigung zugesprochen werden.
Am 19. November war ein Sachverständiger für mein Pflegeansuchen bei mir. Es geht darum, dass ich eine Pflegestufe bekomme, aber das ist noch in Arbeit. Und solange es sich nicht um einen anerkannten Impfschaden handelt, kann ich mir von niemandem eine Entschädigung erwarten.

Warum wollen Sie, dass Ihr Fall publiziert wird? Die wenigsten Opfer sind bereit, über ihre Situation zu sprechen. Was motiviert Sie?
Man muss dieses System der Vertuschung aufdecken. Ich habe das ungute Gefühl, sie hätten nicht so viele Untersuchungen gemacht, wenn nicht jeder gewusst hätte, dass meine plötzliche Erkrankung von der Impfung verursacht worden war. Man hat alles Mögliche versucht, um zu beweisen, dass es nicht durch die Impfung kommen *kann*. Und trotz unzähliger Untersuchungen hat man nichts gefunden. Keine mögliche Ursache außer die Impfung kommt für meine jetzige Situation in Frage. Aber bis heute haben sie es nicht gemeldet. Das ist für mich so unverständlich.

Sie haben also den Eindruck, dass bei Ihnen die Impfschadensmeldung unterschlagen wird?
Ja. Und ich bin überzeugt, das passiert nicht nur bei mir so. Man muss den Menschen klarmachen, was da vor sich geht. Und die Menschen sollten wissen, dass die Impfung viel gefährlicher ist, als man es uns sagt.

Wie geht das jetzt bei Ihnen weiter, arbeitsfähig sind Sie ja nicht?
Nächste Woche beginnt der sechste Monat, in dem ich zuhause bin. Ich habe zweimal die Woche Physiotherapie, nehme unzählige Medikamente, während ich vorher kein einziges benötigt habe. Daheim geht es schon ein bisschen besser, aber ohne Hilfe wäre ich aufgeschmissen. Es ist alles sehr mühsam. Ich habe mich inzwischen damit abgefunden, aber ohne Antidepressiva weiß ich nicht, wie ich das tiefe Loch wieder verlassen hätte können.

Es bleibt mir nichts übrig, als Ihnen gute Besserung zu wünschen. Und natürlich auch die nötige Durchsetzungskraft, dass die Ärzte Ihren Fall endlich als Impfschaden melden. Alles, alles Gute!

Mein Resümee: Die Verantwortlichen, die Druck auf Hilde ausgeübt haben, haben Schuld auf sich geladen. Jeder, der meint, andere Menschen unter Druck setzen zu müssen, sollte sich im Klaren sein, welche Verantwortung er übernimmt, wenn er einen derartigen Druck ausübt. Ich hoffe, dass diese Menschen irgendwann auch zur Rechenschaft gezogen werden. Wegducken und sagen »ich habe von all dem nichts gewusst« kann heute niemand mehr.

Fortsetzung vom Titeltext | **AM SAMSTAG IN BERLIN GEGEN DAS LÜGENREGIME!** | *Von Anselm Lenz*



Ist diese Wirklichkeit einem James-Bond-Film aus den 1960er Jahren entsprungen? Einem Roman von H.G. Wells, José Saramago, Aldous Huxley? Ist »Dr. Seltsam« von der Kinoleinwand gestiegen und ins Hauptquartier des zensierenden Google-Youtube-Konzerns eingezogen? Hat etwas Schlimmeres als »Scientology« das RKI unterwandert und übernommen? Hat Hillary, genannt »Killary«, Clinton – Zitat: »we came, we saw, he died«, wir kamen, sahen und brachten ihn um – einfach nur einen richtig heftigen Rachsuchtsanfall? Diesmal nicht wegen der Affären ihres Ehemannes, sondern wegen Donald Trump? Lebt die ewig zweitrangige Politikergattin ihre Fantasien von einem Teletubbie-Land aus? – Ach, wäre das alles hier doch nur zum Lachen!

Als erste sollen derzeit Polizisten und Bundeswehrsoldaten mit den bereits kurz- und mittelfristig tödlichen Giftspritzen zwangsweise behandelt werden. Laut der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) sind bereits im Spätsommer 2021 über 17.000 Menschen in direkter Folge der vermeintlichen Impfung gestorben. »Die Sterberate ist mit Impfen siebenmal höher, es ist ein lebensgefährliches Unterfangen«, gab der umstrittene bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) zu. In Österreich tanzte die Regierung Schallenberg im Staatsfernsehen, während außenherum *Lockdown* und Kinderquälerei verordnet wurden. Erinnerungen an die späte Ceaușescu-Herrschaft in Rumänien kamen auf.

In der Schweiz ist fraglich, wie das Ergebnis der Volksabstimmung vom Sonntag zu Stande kam. Zunächst hieß es, rund 60 Prozent hätten das Corona-Regime abgelehnt, dann wurde das Ergebnis umgedreht. Im April hatten bereits rund 40 Prozent dagegen gestimmt nun sollen es weniger geworden sein? Das ist kaum wahrscheinlich, angesichts des Leids der Kinder und der offensichtlichen Lügen.

GEHT ES UM STEINE?

New-Age-Sektierer hatten bereits in den 1980er Jahren die sogenannten »Georgia Guidestones« in den USA aufstellen lassen. Die Marksteine tragen die Inschrift, dass globale Führer »die Weltpopulation unter 500 Millionen« bringen und in deren genetischen Code eingreifen sollen. »Lenke die Fortpflanzung«, lautet die Anweisung. Demnach müssten über sieben Milliarden Menschen ausgelöscht oder unfruchtbar gemacht werden. Und es müssten eugenische Zwangsheiraten oder Eingriffe ins Erbgut aller menschlichen Körper stattfinden. Neben diesen Zielen, die finsterer nicht sein können, verblasst der ebenfalls in die Granitsteine gravierte Wunsch nach »gerechten Gesetzen und gerechten Gerichten«.

Die »Georgia Guidestones« sind ein fanatisches Massenmörderprogramm unaussprechlicher Ausmaße. Des Denkmal ist allgemein bekannt und steht mit seiner Aufforderung zu Völkermord und Eugenik offen da.

Computermann Bill Gates hatte 2020 im Zusammenhang mit der »Corona« gefordert, »mindestens sieben Milliarden Menschen zu impfen«. »Wir werden es einfach in die Arme der Kinder hineinschießen«, frohlockte der Milliardär. Die umstrittene EU-Kommissarin und vormalige Bundeswehrministerin Ursula von der Leyen (CDU) dankte ihm dafür: »Sänk ju for Liederschipp, Bill«, verkündete sie. Sie bedankte sich öffentlich für die Führerschaft des, so kommentierte DW-Co-Herausgeberin Batty N'Diaye, »weltfremden und gealterten Millionärssöhnchens, das in den 1980er Jahren mit vergleichsweise einfachen Computerprogrammen für den Hausgebrauch zum Star wurde«. Das noch größere Problem aber ist von der Leyen, also die Politik, die sich aufgegeben hat zu Gunsten eines Staatsstreichs.

ACH WAS, IMPFLICHT

Und nun das: Nachdem er vergangene Woche einen Generalmajor namens Carsten Breuer zum Durchführungsbeauftragten des Corona-Programms machte, verkündete der geschäftsführende Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) am Dienstag, 30. November 2021, die »Impfpflicht« in Deutschland. Ein Skandal, ein #Aufschrei geht seither durch das Land. Bürger und Elternverbände verkündeten umgehend die Einrichtung von bewaffneten Notwehrkomitees, die sich bei Bedarf sehr schnell und auch ohne Telefon und Internet verständigen: »Wir werden unsere Kinder mit allen Mitteln verteidigen«, hieß es.

Stunden zuvor waren im Karlsruher Gerichtsgebäude unter der Leitung des berüchtigten Banklobbyisten Stephan Harbarth (CDU) alle Verfassungsbeschwerden gegen die Maßnahmen auftragsgemäß abgelehnt worden. Harbarth ist in mindestens zwei Treffen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf Corona-Putschlinie getrimmt worden. Von »Omikron« hatte in Südafrika noch niemand gehört, als damit Ende November die nächste Terrorwelle gegen die Menschen ausgerufen worden war.

Die letzten Reste des Rechtsstaates sind also von Regierung und Konzernen beseitigt; Deutschland ist ein Ort, »in dem rohe Kräfte sinnlos walten«, von oben herab. Wer kann, verlässt das Land. Hunderttausende Bundesbürger strömen bereits außer Landes, um sich und ihre Kinder zu retten. In Ländern wie Schweden, Norwegen, 33 US-Bundesstaaten, weiten Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gibt es de facto oder de jure kein Corona-Regime.

In Deutschland lag die Sterberate 2020 im Durchschnitt der Vorjahre, dies also zum vermeintlichen Seuchenjahr schlechthin laut der Propaganda. Im Laufe des Jahres 2021 steigt mit der Gift-Impfung die Todeskurve immer weiter an (siehe Daten des Statistischen Bundesamtes, Seite 3 jeder DW-Ausgabe).

EIN GESPENST GEHT UM IN EUROPA

Das Regime, das einen Totenkult propagierte, ist nun selbst mörderisch geworden. Wovon werden wir hier also befreit? Von einer Krankheit oder vom Leben selbst? Die Zwangsbefreiung von oben findet jedenfalls nicht vom Wirtschaftssystem des Korporatismus-Kapitalismus statt, wie sich viele Weltverbesserer und Klimadogmatiker wohl erhofften. Sie sind einem Täuschungsmanöver erlegen. Im September 2019 kam es zum Zusammensturz des US-Finanzplatzes in Form des Kollapses der Repo-Werte. Seither werden das Militärprogramm »Event201« und eben »Corona« ausgerollt.

WEF-Rädelsführer Klaus Schwab dekretierte im Zusammenhang mit seinem Wirtschaftsprogramm des großen Zurücksetzens an den Plebs gerichtet: »Sie werden nichts besitzen, aber Sie werden glücklich sein!« Ein Paradies wird beschworen, wahrscheinlich eher im Jenseits als im Diesseits. Ob Schwab wie einst Albert Speer bei den Nürnberger Prozessen behaupten wird, er habe doch nur eine smarte Wirtschaftsreform auf dem gesamten Globus durchsetzen wollen? Er habe doch vom Völkermord gar nichts weiter gewusst? Will das Corona-Regime jede Erinnerung an zivilisiertes Leben ausradieren und geht davon aus, alle Beweise für seine maßlosen Verbrechen vernichten zu können, so, wie die Nazis dies glaubten?

ES IST EIN MÖRDERISCHER STAATSSTREICH

Irre ich mich vielleicht als der einfache Journalist, der ich bin? Nun, da ich in den zurückliegenden 20 Monaten seit der Veröffentlichung meines Artikels »Das Notstands-Regime« (rubikon.news vom März 2021) zumeist richtig lag oder von der Wirklichkeit sogar noch negativ übertroffen wurde, gibt es ein paar Gründe für mich, zumindest mir selbst, meiner Zeitungsredaktion und meinen Recherchen zu vertrauen. Zumal ich seit 2009 gemeinsam mit meinem Kollegen Hendrik Sodenkamp an der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung seit dem letzten Finanzcrash innerhalb der »Neoliberalen Epoche« geforscht hatte – und im März 2020 etwas weniger hart überrascht wurde von der Heftigkeit und totalen Boshaftigkeit des Putschregimes.

Trotzdem kann ich zuweilen meinen eigenen Ergebnissen kaum glauben. Der Überwältigungseffekt wirkt. Jeden Morgen frage ich mich: »Gibt es etwas, das ich übersehe?« Glaubt der nach kultischen Mustern agierende Feind daran, womöglich im Sinne des Guten für alle lebenden Menschen zu handeln? Will das Regime womöglich etwas Gutes, vielleicht einfach nur ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen, eine Kommodifizierung der natürlichen Produktivität unser aller Erde in Geld für alle?

Ein globales Grundeinkommen in einer frei konvertiblen und in bar auszahlbaren Währung wie Bitcoin wäre vielen Menschen sicher willkommen. Aber warum für das bisschen weiterer Kommodifizierung dann all die Lügen des Corona-Terrorregimes? Warum das im Effekt massenmörderische Impfprogramm? Warum die Kinderquälerei? – Die große Mehrheit der Menschen auf der Welt wäre grundlegenden Reformen gegenüber offen.

Aber eben nicht bereit zu satanistisch-perversen Maßnahmen und dem Herumpfuschen an den Körpern der Kinder – sollte man meinen. »Die Kräfteverhältnisse, die sind ja eher nunmal so«, sagen sie mir noch immer aus den Zeitungsredaktionen von *taz*, *FAZ*, *Welt*, *SZ*, *Tagesspiegel*, *Morgenpost*, in denen man mittlerweile weiß, dass man 20 Monate zumeist pure Lügenpropaganda gedruckt hat.

GRÜNDUNG DES ZAAVV

Ein langfristig angelegter Staatsstreich fordert langfristige Aufklärung. Ich hatte mit dem Verein Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. dazu die Gründung des SACS, der Stiftung Aufklärung des Corona-Schreckensregimes begonnen. Unter der Leitung und Entwicklung der herausragenden Anwälten für Aufklärung Dr. Kirsten König, Dr. Alexander Christ und Ralf Ludwig geht diese nun in die operative Phase unter dem Titel »Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund

I SAMSTAG GEN DAS GENREGIME BERLIN!

der Corona-Maßnahmen«, kurz zaavv (sprich: Zahf). Die Stiftung bezieht sich auf Paragraph 7 des Römischen Statuts. In einem ersten Schritt wird diese Stiftung, an deren Gründung zwei Dutzend Kapazitäten beteiligt wurden, dafür sorgen, dass junge demokratische Talente in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ausgebildet werden können. Weiteres stehen die Einrichtung einer Gedenkstätte des Widerstandes und die systematische historische Archivierung der Materialien des Widerstandes an.

Das mittel- und langfristige Ziel ist die juristische Verfolgung der Verantwortlichen für den Corona-Putsch, die mit Verfassungen, Menschenrecht und Nürnberger Kodex brechen. Eine schwierige Aufgabe, an der alle anderen Anwaltsverbände bislang leider gescheitert sind oder sie gar nicht erst versuchten, sondern sich darauf beschränkten, Online-Videos abzusetzen. Das wird nun anders, der große Anwalt und Demokrat Ralf Ludwig hat hier ein seriöses Konzept entwickelt, das juristisch, politisch und administrativ wasserdicht ist. Die Stiftung Aufarbeitung wird deshalb im zaavv aufgehen.

UND HEUTE?

Ich sage es Ihnen offen: Es ist für alle Aufgeklärte und Menschenfreunde an der Zeit, ohne Panik, aber mit kurz-, mittel- und langfristiger Durchführungsplanung zu beginnen, um für das pure Überleben zu kämpfen. Sollte ich mich irren, war ich mal wieder ein Alarmist. In der Rückschau der Jahre 2020 und 2021 muss ich mir allerdings eingestehen: Ja, der 28. März 2020 war ein guter Anfang für uns zusammen, aber im Grunde hätte ich noch viel mehr Alarm schlagen müssen. Es geht weiter.

Dabei ist es wichtig, dass wir uns nicht noch in Spaltung und Scharmützel gegeneinander verstricken lassen. Der Feind steht oben und im eigenen Land, nicht in den vermeintlichen Gedankenverbrechen und Worten unseres Nachbarn. Ob der sich nun zu Grunde boostern lässt oder im Sinne der Menschenwürde solche Eingriffe standhaft zurückweist. Mit dem Neofaschismus von Regierung, Konzernen und Banken haben wir alle zusammen nämlich schon Gegner genug, ganz gleich, mit welchen Begriffen man uns hier unten historisierend-abschätzig zu verleumden trachtet.

Wer heute von der Staatspropaganda der GEZ-Zwangsberieselung als Rassistin, Nazi oder Reichsbürgerin verleumdet wird, ist allenfalls noch ein traditioneller Familienmensch mit gemütlicher Wanduhr im Wohnzimmer. Wer heute von den Konzernmedien als Kommunist, Querdenker oder Selbstdarsteller geziehen wird, ist in aller Regel eine Art klassischer Liberaler oder Sozialdemokrat mit Herz, Einfühlungsvermögen und tätiger Solidarität.

Nein, diese Menschen, wir, sind kein Problem für andere Menschen, keine Belastung für den Planeten und wir tragen keine Schuld an Zuständen, für die Regierung, Konzerne und Banken verantwortlich sind. Der Feind kämpft seit dem Finanzkollaps seinen letzten Kampf. Wird es ihm gelingen, unser aller Welt mit in den Abgrund seiner eigenen Hölle zu reißen? Das ist hier die Frage.

WAS TUN?

Freundschaft! Wir können hier nicht alles besprechen, aber wir können uns treffen. Eine Gruppe junger Demokratinnen und Demokraten in Deutschland hat deshalb den kommenden Vortag zum zweiten Advent, den Samstag, 4. Dezember 2021, als Familienfest mit Großdemo der Demokratiebewegung in Berlin angemeldet. Damit geht das Licht der Aufklärung in der finsteren Hauptstadt des Corona-Regimes wieder an. Die Großdemo wird ab jetzt jeden ersten Samstag im Monat in Berlin stattfinden, bis das Regime besiegt, die Verantwortlichen vor Gericht gestellt worden sind und der 5-Punkte-Plan vom 28. März 2020 umgesetzt werden kann.





Eindrücke von den Berliner Demonstrationen 2020/21 Fotos: DW und Monika Felgendreher

BARMER Presse @BARMER_Presse

IMPFTOTE WERDEN ZU KLIMAOPFERN

Ob Herzinfarkt, Schlaganfall oder Frühgeburt: Wir erleben schon jetzt, wie sich der Klimawandel auf unsere Gesundheit auswirkt. „Das Gesundheitswesen braucht deshalb eine gemeinsame Agenda für den Klimaschutz", sagt BARMER-Vorstandschef Prof. Dr. Christoph Straub. Mehr:

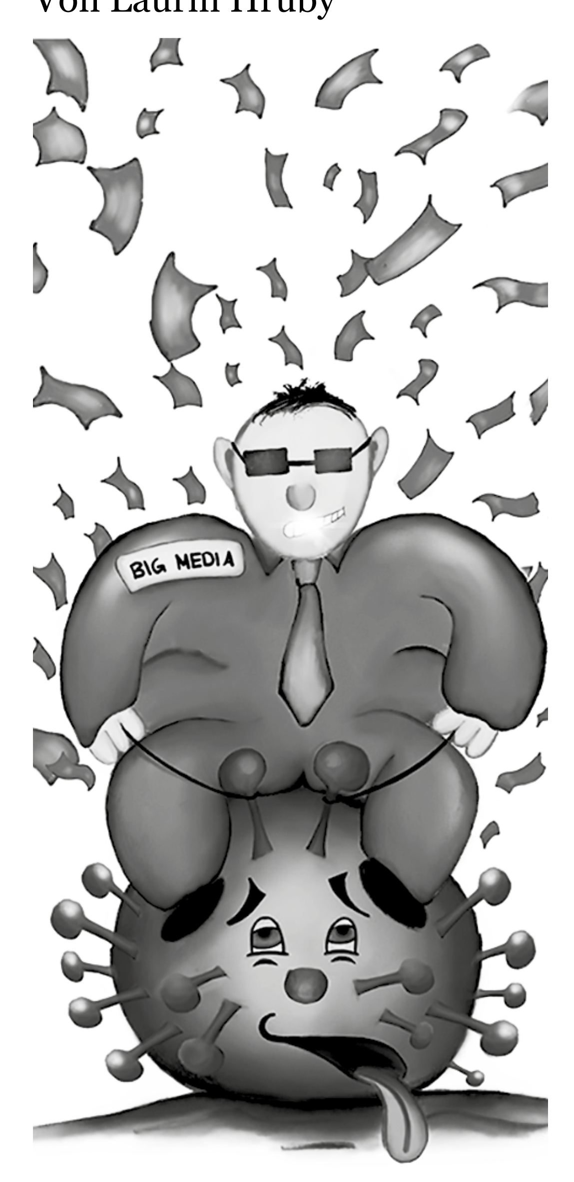


Christoph Straub vom Vorstand der Krankenkasse Barmer verschleiert die Folgen des »Impf«-Genozids als Klimawandel (siehe oben, Tweet vom 19. November 2021). In Folge der Impfung kam es laut EMA zu 17.000 Todesfällen bis Herbst 2021. Die giftigen Impfstoffe lösen in vielen Fällen Thrombosen aus. Tausende Frauen berichten laut VEARS-Datenbank von ungewollten Schwangerschaftsabbrüchen und Regelkomplikationen. Es wird zudem erwartet, dass Menschen nun nach der »Impfung« in großen Zahlen an der Schwächung ihres Immunsystems verenden und zudem aggressive Virenmutationen begünstigen.

DER PROPAGANDAZIRKUS DER MASSENMEDIEN

Die Konzernmedien haben ihre Konsumenten mit Fake-News, Panikmache und Staatspropaganda monatelang am Nasenring durch die Plandemie geführt.

Von Laurin Hruby



Karikatur: Laurin Hruby

Inzwischen häufen sich die Widersprüche in den Massenmedien dermaßen, dass es auch den letzten *Mainstream*-Konsumenten dämmern dürfte, dass ihnen da etwas vorgegaukelt wird. Die Medien propagieren angebliche Fakten und erzählen im gleichen Atemzug das komplette Gegenteil. So etwas nennt man schlicht und ergreifend: Verarschung.

Erst wurde in den Massenmedien noch gesagt, dass die Maßnahmen und die Pandemie enden würden, sobald Impfstoffe zur Verfügung stünden. Dann hieß es, die Pandemie sei vorbei, wenn die Risikogruppen geschützt seien. Dann wiederum hieß es, dass es eine Impfquote von 70 Prozent brauche, um eine Herdenimmunität herzustellen. Als das erfüllt war, hieß es, dass man sich impfen lassen solle, um andere zu schützen. Dann wurde gesagt, dass eine Impfung nicht mehr reiche und es Auffrischungsimpfungen brauche, um den Schutz aufrechtzuerhalten. Es wurde dazu aufgerufen, sich alle sechs Monate zu »boostern«, dann plötzlich doch alle vier Monate. All diese Widersprüche machen deutlich, wie die Medien seit Beginn dieser vermeintlichen Pandemie die breite Masse für dumm verkaufen.

Das, was im *Mainstream* über die Covid-Impfungen propagiert wird, steht im Widerspruch zu dem, was sich den offiziellen Daten entnehmen lässt. Man erzählt uns, dass die Impfungen wirksam und sicher seien, und gleichzeitig ist zu erkennen, dass sie es nicht sind. Im Gegenteil: Sie bewirken genau das, was man verhindern will, nämlich dass vermehrt Menschen sterben. All diese Fakten sind nur ein paar Klicks im Internet entfernt. Länder mit einer hohen Impfquote verzeichnen mehr Corona-Fälle und Tote als Länder, in denen nicht so viel geimpft wurde. Allein, wenn man im Internet in den VAERS-Datenbanken stöbert, sieht man schnell, dass es derzeit bereits mehr Impftote und Impfnebenwirkungen gibt als in den letzten Jahren zusammen. Das erwähnen die Leitmedien natürlich nicht. Nein, sie machen stattdessen weiter Druck auf die Menschen, die sich aus gutem Grund nicht impfen lassen wollen. Und das, obwohl ständig neue Meldungen darüber auftauchen, dass Spitzensportler nach der Impfung an Herzinfarkten gestorben sind. Außerdem wird behauptet, dass auf den Intensivstationen überwiegend Ungeimpfte liegen, und im gleichen Atemzug häufen sich die Meldungen von sogenannten Impfdurchbrüchen. Es ist auch kein Geheimnis, dass Geimpfte das Virus genauso übertragen können wie Ungeimpfte. Dennoch werden die Ungeimpften als Pandemie-Treiber bezeichnet. Hä?

THE SHOW MUST GO ON!

Rückblickend ist klar, dass die meisten Vorhersagen der sogenannten Verschwörungstheoretiker wahr geworden sind. Anfangs wurden die Befürchtungen eines *Lockdowns* abgewiegelt, doch dann ist genau das passiert. Die befürchteten Ausgangssperren wurden ausgeblendet, doch auch diese folgten auf dem Fuße. Nun bewahrheitet sich auch die vorhergesagte Häufung von Todesfällen nach der Impfung. Mittlerweile versterben sogar Kinder, kurz nachdem sie geimpft wurden. In den Leitmedien werden die Impfopfer als unerwartete Einzelfälle dargestellt. Die Propaganda-Schau wird weiter durchgezogen, ganz nach dem Motto: »The show must go on!« Die Medien halten krampfhaft an ihrem Kurs fest, um sich nicht selber bloßzustellen. Doch dadurch, dass sie ihre groteske Clownerie immer weiter auf die Spitze treiben, passiert genau das: Sie entlarven sich selbst. Die nächste Nummer im Propaganda-Zirkus ist bereits angekündigt: Die generelle Impfpflicht steht vor der Tür, von der anfangs noch felsenfest behauptet wurde, dass sie unter keinen Umständen kommen werde. Das war bei der flächendeckenden 2G-Regel nicht anders. Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man diesen Zirkus gar nicht mehr ernst nehmen.

PRINT WIRKT!

Die Schweiz hat ein hippes, neues Monatsmagazin: »The Voice of Jars« (übersetzt: Die Stimme von Gefäßen). Herausgeberin Joyce Küng (r.), seit Anfang 2020 in der Schweizer Widerstandsbewegung aktiv, bringt damit frischen Wind in die Eidgenossenschaft. Das knapp 25-seitige Heft in luftigem Design enthält abwechslungsreiche Textbeiträge rund um die gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Politik und bietet lebendige neue Perspektiven direkt aus dem Schweizer Underground. Das Magazin kostet 5 Schweizer Franken und kann unter www.thevoiceofjars.com bestellt werden. (cko)



POP POP

Der Satiriker C.J. Hopkins.
Quelle: Screenshot von *twitter*.

HOPKINS HATE-HONEYPOTT

Der in Berlin lebende amerikanische Satiriker CJ Hopkins entlarvte mit einem *Twitter*-Posting etliche Corona-Kultanhänger, die im Namen der Menschlichkeit, ihre Unmenschlichkeit und ihren Hass auf Andersdenkende offen zur Schau tragen. Im besagten *Tweet* klagte Hopkins darüber, dass er nun aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen sei, er nicht protestieren dürfe und das, was er schreiben würde, werde auch noch zensiert. Das Bellen der getroffenen *Twitter*-Hunde folgte dem Fuß. Wüst wurde der Dramatiker von Nutzern der Plattform beschimpft, man versuchte gar sein *Twitter*-Konto sperren zu lassen. Damit bestätigten die *Twitter*-Choleriker unfreiwillig Hopkins Aussage über die aktuellen Zustände.



Es geht auch abseits von Universal, Sony und Co. Eine neue Künstler-Agentur ist aus der Friedensbewegung erwachsen. *Quelle: kultur-zentner.de, Matthias Niemyt*

KÜNSTLER-AGENTUR FÜR KRITISCHE KUNSTSCHAFFENDE

Mit »A-MAZE-ING music«, einer neu gegründeten Künstler-Agentur, haben kritische Musiker nun eine Anlaufstelle für Produktion und Vertrieb. Wer sich nonkonform gegenüber der Regierung, gerade beim leidigen Corona-Thema äußerte, sah sich mit der Schwierigkeit konfrontiert, überhaupt noch einen guten Vertrieb zu finden. Diese Lücke füllt nun der Musikvolkswirt Matthias Niemyt, indem er mit seiner Komplett-Agentur eben diesen mutigen Künstlern eine Perspektive bietet.

DW-BESTSELLERLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Hinter der Zukunft.
Thomas Eisinger

NOVA MD 2021
ISBN: 978-3-969668-61-0



Die schlimmste und beste Zeit meines Lebens.
Vom Schwindelarzt zum Verschwörungs-Sachverständigen
Bodo Schiffmann
Kamasha Verlag GmbH
ISBN 978-3-936767-59-9



Also sprach Corona.
Die Psychologie einer geistigen Pandemie
Wilfried Nelles

Scorpio 2021
978-3-95803-390-00



Endspiel des Kapitalismus.
Wie die Konzerne die Macht übernommen und wie wir sie zurückholen, Norbert Häring
Quadriga 2021
978-3-86995-113-3



Politische Angst.
Warum wir uns kritisches Denken nicht verbieten lassen dürfen
Ulrich Teusch
Westend 2021
978-3-86489-336-0



Richtig Auswandern und besser leben. Wie Sie sich nicht mehr über gierige Politiker und hohe Steuern ärgern, Norbert Bartl
Kopp Verlag 2021
978-3-86445-847-7



Das Impfbuch.
Über Risiken und Nebenwirkungen einer COVID-19-Impfung
Raymond Unger
Scorpio Verlag 2021
978-3-95803-461-7



Game Over.
Covid-19 | Anthrax-01
Heiko Schöning

Blue Tiger Media 2021
978-94-93262-07-2



Diagnose Panikdemie.
Das kranke Gesundheitssystem
Friedrich Pürner

Langen-Mueller Verlag 2021
978-3-7844-3602-9



Ist Lachen wirklich ansteckend?
Über Methoden der Manipulation und Propaganda und den Zustand unserer Gesellschaft am Beispiel von COVID-19, Sibylle Zieburg
tredition 2021
978-3-347-33543-1

2G-REGEL
FÜR DEN BESUCH DER AUSSTELLUNG
BUCHENWALD.
AUSGRENZUNG UND GEWALT
1937 BIS 1945

LIMITIERTES WILLKOMMENSEIN

Die Gedenkstätte Buchenwald lässt nur noch 2G-Besucher in die Ausstellung »Ausgrenzung und Gewalt«. | Von Nicolas Riedl

Im Alltag begegnen wir dieser Tage immer wieder folgendem Widerspruch: Ein »Herzlich Willkommen«-Schild, nebst dem ein 2G-Segregationsschild angebracht wurde. Manche Kunst- und Kultureinrichtungen entblöden sich nicht, sich einerseits gegen Diskriminierung und Ausgrenzung auszusprechen, aber gleichzeitig auf 2G zu beharren.

Eine Ausstellung im ehemaligen KZ »Buchenwald« trieb diese kognitive Dissonanz in den Bereich des Makabren. Die Veranstalter der Ausstellung zum Themenkomplex »Ausgrenzung und Gewalt« haben wohl den eklatanten Widerspruch nicht erkannt, eine solche Veranstaltung nur unter 2G-Bedingungen zuzulassen. Eine Dame aus Köln entlarvte in einer offenen E-Mail an die Gedenkstätte diese bitterböse Realsatire. In ihrer Mail an die Veranstalter unterstellte sie ihnen – natürlich ironisch –, diese hätten mit den diskriminierenden Zutrittsbedingungen eine provokante Kunstaktion intendiert. Als einen künstlerisch verpackten Weckruf, um auf die historischen Parallelen zwischen damals und heute hinzudeuten. Sie bat darum, dies noch weiter auf die Spitze zu treiben. Die Aussteller sollten zusätzlich thematisieren, wie die Nationalsozialisten die Fleckfieberseuche nutzten, um Juden zu stigmatisieren. Auch insistierte sie, die Veranstalter sollten den Besuchern aufzeigen, welche menschenverachtende Rolle das Robert Koch-Institut im Dritten Reich spielte.

Zum Ende hin drückte sie ihr Bedauern aus, der Kunstaktion nicht beiwohnen zu können. Sie sei schließlich weder genesen noch geimpft und müsse daher qua Infektionsschutzgesetz ausgegrenzt werden.



SPORT MIT BERTHOLD

UNSPORTLICH!

Am Sonntag, 28. November 2021 um 12.31 Uhr mitteleuropäischer Zeit zeigt die Auszählung 61 Prozent Nein-Stimmen an. Nur vier Minuten später 61 Prozent Ja-Stimmen. – So lief die Volksabstimmung in der Schweiz: Manipuliert! Und unsportlich.

Auch die Schweiz erstickt im Sumpf. Dazu kommt noch eine sehr irreführende Beschreibung auf den Wahlzetteln: Der Bundesrat hat die Bürger gefragt, ob sie für die wirtschaftliche Unterstützung im Fall einer »Pandemie« stimmen würden. Doch was hat das mit dem eigentlichen Thema zu tun? Hier geht es um die Phantomviren, verbunden mit dem Entzug aller Rechte – oder geht es nur ums Geld? Auf die Wahl folgen 750 Klagen gegen den Staat. Positiv ist, dass hier bei uns in der Schweiz wenigstens eine große Partei gegen das Gesetz und die Maßnahmen ist. Die lässt nicht locker.

Was die neuesten dramatischen Fälle der an der »Impfung« sterbenden Sportler angeht, macht mich das sehr traurig. Ich empfehle allen, sich anzustecken und danach zu genesen, dann haben sie ihr Leben lang Antikörper und der Spuk ist vorbei.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

DW 2022? 10.000 NEUE ABOS, DAMIT ES WEITERGEHT!

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. 2021 und 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.



DW-Magazin erschienen

DIE JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG



Die größte Bewegung der deutschen Geschichte von März 2020 bis März 2021, u. a. mit Originalbeiträgen von Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Giorgio Agamben, Casey Koneth, Batseba N'Diaye, Nicolas Riedl, Anselm Lenz und dem Besten der DW-Fotografen. Gestaltung: Jill Sandjaja. Ein Vollfarb-Heft mit 145 Seiten, das nicht zur Selbstzufriedenheit aufruft, sondern den Aufbruch in unsere demokratische Zukunft einleitet.

DAS DW-JAHRESMAGAZIN IST ZU BESTELLEN AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 10,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE, HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WER EINE FRIEDLICHE REVOLUTION VERHINDERT, MACHT EINE GEWALTSAME REVOLUTION UNAUSWEICHLICH. JOHN F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 71. Ausgabe ab Samstag, 4. Dezember 2021. | Redaktionsschluss war am 18. November, 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. **| Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz, Laurin Hruby **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Dr. Yana Milev, Clark Kent, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 72 erscheint am 11. Dezember 2021.